

Eine neue Politik für Sachsen-Anhalt

Sachsen-
Anhalt

SPD

- Bürgernah
- Konkret
- Zukunftsweisend

A 94 - 01382



Impressum:
SPD Sachsen-Anhalt
Bürgerstraße 1
39104 Magdeburg

November 1993

A 94 - 01382

Liebe Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Sachsen-Anhalt!

Vieles muß geändert werden, damit es unserem Land und seinen Bewohnern auf Dauer gut gehen kann.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen, was besser gemacht werden muß, und beschränken uns nicht darauf, die Fehler und Schwächen der jetzigen Regierung offenzulegen. Wir haben das bessere Programm und stehen damit in einer guten, über hundertjährigen Tradition. Schon immer strebten Sozialdemokraten nach Veränderungen, weil sie sich mit den Unzulänglichkeiten der bestehenden Verhältnisse nicht abgefunden haben.

Die Mitglieder unserer Partei, unsere Wähler, aber auch alle anderen Bürger stellen Fragen und haben einen An-

Magdeburg, November 1993

spruch auf klare Antworten. Wir sagen ihnen nicht nur, daß wir Träume, Ideale und Utopien haben, sondern auch, was wir in unseren Träumen sehen und wie unsere Ideale beschaffen sind. Wir erklären, warum wir verändern wollen, mit welchem Ziel und Zweck, auf welchem Wege und zu wessen Gunsten, mit welchen Mitteln und mit wessen Hilfe. Wir sagen auch, wie die Verhältnisse aussehen sollen, die wir anstreben, und welches Bild wir von einer solidarischen und gerechten Gesellschaft haben.

Deswegen formulieren wir Programme und deswegen haben Sozialdemokraten immer auch Grundsatzprogramme geschrieben und nicht nur Aktionsprogramme. Unser Sachsen-Anhalt-Programm fügt sich in diesen Rahmen ein und beschreibt Ziele und Wege ent-

sprechend der hiesigen Verhältnisse. Es ist durch die Zusammenarbeit aller Fachausschüsse und Arbeitsgemeinschaften mit der Programmkommission entstanden, und alle Ortsvereine hatten die Möglichkeit, daran mitzuwirken. Auf dem Parteitag in Magdeburg wurden noch einige Ergänzungen vorgenommen. Aber dann wurde unser Programm für Sachsen-Anhalt bei nur einer einzigen Stimmenthaltung beschlossen. Es soll nun die Grundlage für die Gestaltung unserer Politik sein. Wir haben unsere sozialdemokratischen Grundsätze und die aktuellen

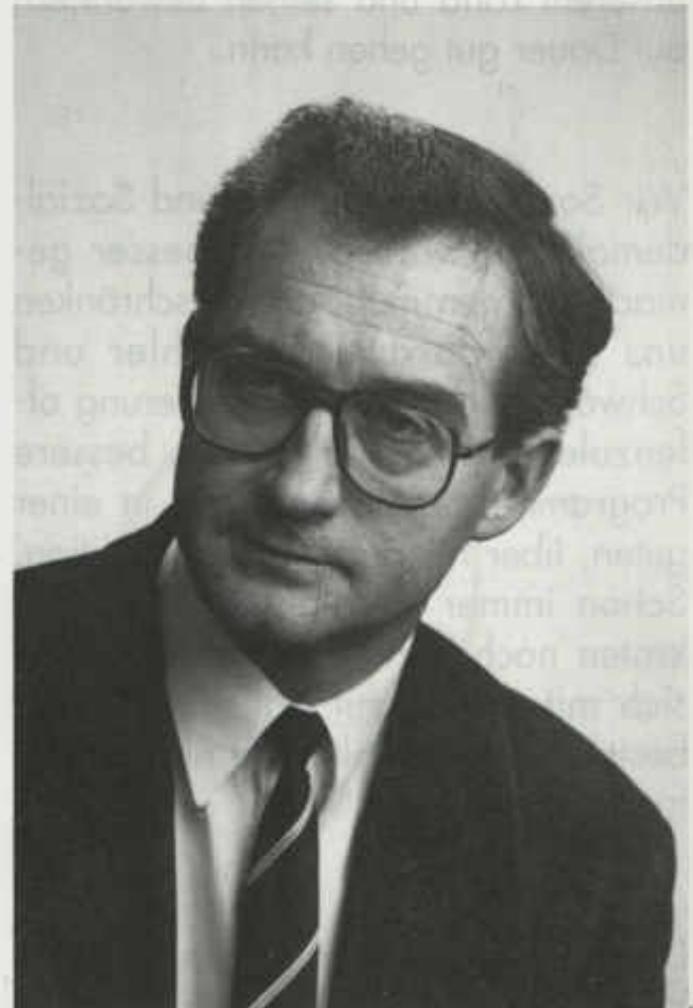
politischen Fragen berücksichtigt und sind daher konkret geblieben. Wir haben unsere Fernziele nicht aus dem Blick verloren und dennoch die Nähe zum Bürger behalten.

Dieses Programm wird uns nicht nur durch den Wahlkampf begleiten und Grundlage für unsere Argumente sein; vielmehr wird auch unsere Politik darauf aufbauen, wenn wir im kommenden Jahr Regierungsverantwortung übernehmen.

Das ist unser Ziel!



Dr. Reinhard Höppner



Dr. Rüdiger Fikentscher

Wirtschaft

Sachsen-Anhalt hat als Bundesland mit ehemals ausgeprägter Industriestruktur, mit einer guten räumlichen Lage und mit einem umfangreichen Potential an ausgebildeten Facharbeitskräften, Ingenieuren und Wissenschaftlern gute Entwicklungschancen. Darüber hinaus bietet in vielen Teilen des Landes der Tourismus eine Chance für Existenzgründerinnen und -gründer, qualifiziertes Handwerk sowie zuliefernde Gewerbebetriebe. Allerdings kommt es in der Zukunft darauf an, das vorhandene Potential auch zu nutzen und die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung in den Regionen zu berücksichtigen. Die SPD wird ein Programm unter dem Titel „Perspektiven für den Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt“ vorlegen, das sich mit seinen wirtschafts- und strukturpolitischen Vorschlägen auf die regionalen Besonderheiten in Sachsen-Anhalt stützt.

Wirtschaftsförderung

1 Die ostdeutsche Wirtschaft braucht für einen längeren Zeitraum einen Nachteilsausgleich in Form besonderer staatlicher Förderung. Diese Förderung muß grundsätzlich darauf zielen, die Entwicklung von bestehenden Unternehmen den Neuanstellungen gleichzustellen.

2 Wir werden die Fördermaßnahmen vorrangig auf das produzierende Gewerbe konzentrieren. Die Investitionsförde-

rung darf sich dabei nicht nur an der Höhe der Investitionssumme orientieren, sondern muß auch Zahl und Art der zu schaffenden Arbeitsplätze berücksichtigen. Ebenso müssen die Fördermaßnahmen den Umfang von Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten für neue marktfähige Produkte am ostdeutschen Standort erweitern. In Sachsen-Anhalt müssen Unternehmen aufgebaut werden, die von der Produktidee über die Entwicklung bis zur Vermarktung alles leisten. Wir wollen nicht nur „verlängerte Werkbänke“.

3 Die Vergabe von Fördermitteln wollen wir zu einem bestimmten Prozentsatz an die Inanspruchnahme von ostdeutschen Produkten und Leistungen binden. Diese Maßnahme sichert Arbeitsplätze bei uns im Land. Sie trägt dazu bei, daß Unternehmen eine regionale Absatzbasis aufbauen, von der aus überregionale Marktanteile gewonnen werden können.

4 Entscheidend ist die Ausrichtung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen auf die jeweilige Situation vor Ort, wobei wir benachteiligte Regionen gegenüber den sich gut entwickelnden Wirtschaftsräumen bevorzugen werden. Aufbauend auf den sachsen-anhaltinischen Regionen werden wir ressortübergreifende Maßnahmen entwickeln, die bei der Förderung an den örtlich vorhandenen Potentialen ansetzen.

5 Die Entwicklung der industriellen Substanz in Sachsen-Anhalt schließt die

Gleichstellung der Treuhandunternehmen mit privaten Unternehmen, z.B. bei der Bewilligung von Fördermitteln, ein. Dies gilt insbesondere nach Auflösung der Treuhand 1994 und nach der Überführung von Treuhandunternehmen in andere Rechtsformen. Die Sicherung traditioneller Industriestandorte bleibt unter Beachtung des notwendigen Strukturwandels weiterhin unser Ziel.

Mittelstand und Handwerk

6 Der Mittelstand muß eine tragende Säule der Wirtschaft unseres Landes werden. Angesichts der häufig zu geringen Kapitalausstattung und mangelnden Kreditwürdigkeit junger Unternehmen fordern wir zusätzliche und transparente Eigenkapitalhilfeprogramme. Wir werden eine Landesbürgschaft vergeben für kleine und mittlere Unternehmen zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätsschwierigkeiten, die sich aus Zahlungsrückständen bei Auftragsarbeiten ergeben. Darüber hinaus setzen wir uns für die Möglichkeit ein, daß Betriebe steuerfreie Investitionsrücklagen bilden können.

7 Investitionszuschüsse müssen auch für reine Handwerksbetriebe erhältlich sein. Höchstfördersatz der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ sollten vordringlich kleinen und mittleren Unternehmen bewilligt werden. Wir werden neue, von der Brutto-lohnsumme abhängige Förderprogramme

auflegen, die auch eine Entlastung des Arbeitsmarkts bewirken.

8 Viele junge mittelständige Unternehmen sind finanziell nicht in der Lage, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter zu qualifizieren. Deshalb fordern wir möglichst unbürokratische Förderprogramme für die Fortbildung und Qualifizierung der Mitarbeiter und Auszubildenden in mittelständischen Unternehmen. Entsprechende Programme werden wir durch landespolitische Maßnahmen ergänzen.

9 Wir werden Technologie-Zentren einrichten, die mittelständische Unternehmen ohne eigene Forschungskapazität für Innovationsvorhaben nutzen können.

10 Das Förderinstrumentarium insgesamt muß transparenter gestaltet werden. Wir streben eine Vereinfachung der Antragswege und -verfahren sowie eine Bündelung der Förderprogramme in wenige übersichtliche und leicht handhabbare Förderrichtlinien an.

11 Bei kleinen und mittleren Treuhandunternehmen bzw. bei Ausgründungen bieten sich Management-Buy-Out-Konzepte unter Mitarbeiterbeteiligung an. Diese Form der Unternehmensprivatisierung werden wir unterstützen.

12 Bei der Veräußerung von Grund und Boden durch das Land und die Kommunen werden wir Existenzgründerinnen und Existenzgründer bevorzugen. Wir werden uns dafür einsetzen, daß der Treuhandliegenschaftsdienst seine Flächen mittelstandsfreundlich vermarktet.

Industrielle Standorte

13 Die Zukunft von Treuhandunternehmen muß auch unter Berücksichtigung regionaler Gesichtspunkte gestaltet werden. Dabei ist die Bedeutung eines Unternehmens für den Arbeitsmarkt und das Forschungs- und Innovationspotential der Region ebenso zu beachten wie seine Verflechtung mit anderen Unternehmen, die mittel- bis langfristige Perspektive nach erfolgter Modernisierung und die Chance von Neuansiedlungen um das Kernunternehmen.

14 Für Wirtschaftsstandorte, an denen die bestehenden Unternehmensstrukturen aus betriebswirtschaftlichen oder anderen Gründen weder erhalten noch entwickelt werden können, werden wir Entwicklungskonzepte erarbeiten.

15 Wir werden im Land Sachsen-Anhalt darauf achten, daß die Bundesregierung ihrer Verantwortung bezüglich Erhaltung, Sanierung und Modernisierung in-

dustrieller Kerne nachkommt und ihre Verpflichtungen aus dem Solidarpakt erfüllt. Außerdem ist es erforderlich, die Einhaltung vertraglicher Zusagen von Investoren wirksam zu kontrollieren.

16 Bei der Bereitstellung von Gewerbeflächen muß die Ansiedlung auf bereits industriell genutzten Flächen deutlich Vorrang vor der Ansiedlung auf der grünen Wiese haben. Wir werden die Förderrichtlinien entsprechend verändern. Wir setzen dabei auf die Rekultivierung und Erneuerung früher gewerblich genutzter Immobilien.

Absatzförderung

17 Wir werden alle Möglichkeiten nutzen, damit öffentliche Aufträge an ostdeutsche Unternehmen vergeben werden. Wir werden darauf drängen, daß öffentliche Einrichtungen und Unternehmen mit kommunaler Beteiligung darauf verpflichtet werden, bevorzugt ostdeutsche Produkte und Leistungen zu beziehen.

18 Ein Schwerpunkt unserer Wirtschaftsförderung wird auf der Produkt- und Verfahrensinnovation, besonders auch im Bereich der Umweltechnologien, liegen. Kurz- und mittelfristig wollen wir den Unternehmen durch die Auflage eines EG-Binnenmarktprogrammes und durch den Ausbau des Messeprogrammes den Marktzutritt erleichtern. Dieses Programm

soll über mehrere Jahre laufen und eine mehrjährige, sichere Finanzausstattung erhalten, damit die Unternehmen eine frühzeitige, am jeweiligen Markt orientierte Messeplanung vornehmen können.

19 Zur Förderung der Wiedergewinnung verlorengegangener und zur Erhaltung noch bestehender Ostmärkte fordern wir eine Weiterführung der Hermesbürgschaften und eine Ausweitung der Sonderkonditionen auf asiatische Länder. Für die Geschäfte kleiner und mittlerer Unternehmen mit osteuropäischen Staaten sollte ein Landesbürgschaftsprogramm für Berater- und Bargeldgeschäfte aufgelegt werden. Die Beteiligung von kleinen und mittelständischen Firmen Ostdeutschlands an Unternehmen in osteuropäischen Staaten werden wir ebenso unterstützen wie die Einrichtung von Osthandelsgesellschaften auf Landesebene.

Tourismus

20 Mit seiner Vielfalt an reizvollen Landschaften, Kulturdenkmälern und kulturellen Traditionen ist Sachsen-Anhalt ein Tourismusland mit Zukunft im Herzen Deutschlands. Die touristische Infrastruktur wollen wir im Rahmen allgemeiner und spezieller Förderprogramme gezielt und vorrangig entwickeln. Wir werden ein Fremdenverkehrsprogramm für Sachsen-Anhalt entwickeln und damit die Planungssicherheit für potentielle Investoren erhöhen.

21 Die Tourismusförderung werden wir durch einen Abbau bürokratischer Hemmnisse, gründlichere Information und bessere Förderbedingungen für öffentliche und private Maßnahmeträger effektiver gestalten. Das beinhaltet auch die Schaffung von Planungssicherheit durch eine Beschleunigung öffentlicher Rahmenplanungen sowie Planungs Kooperation.

22 Die Tourismusbranche wird jedoch nur dann auf Dauer tragfähig sein, wenn sie auf einen sozial verantwortbaren und umweltverträglichen Fremdenverkehr baut und regionale Eigenständigkeiten und qualitativ hochstehende Angebote als wichtige Wettbewerbsvorteile erkennt und fördert. Um die vorhandenen Anziehungspunkte für Touristen attraktiv zu gestalten, werden wir u.a. den Ausbau der „Straße der Romanik“ fortsetzen.

Arbeitsmarkt

Die gerechte Verteilung von Arbeit und die Sicherung eines hohen Beschäftigungsgrades wird in den nächsten Jahren zur entscheidenden Bewährungsprobe für den Sozialstaat und die soziale Marktwirtschaft. Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Sachsen-Anhalt wollen darum eine Arbeitsmarktoffensive beginnen, die neue Wege geht. Sie hat drei Richtungen: Die erste ist eine solide Wirtschaftspolitik, durch die Arbeitsplätze im produzierenden Bereich geschaffen werden (siehe dazu das Kapitel Wirtschaft). Die zweite geht neue Wege bei der Schaffung eines subventionierten Arbeitsmarktes im öffentlichen Interesse. Die dritte ist die Fortführung der Möglichkeiten des klassischen Arbeitsförderungsgesetzes. Mit dieser Arbeitsmarktoffensive setzen wir konsequent unser Programm um, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

Arbeit im Öffentlichen Interesse

23 Wir fordern von der Bundesregierung, sowohl die Bundesmittel für ABM als auch andere Arbeitsbeschaffungsmittel für eine begrenzte Zeit direkt dem Land zur Verfügung zu stellen. Wir werden mit diesen Mitteln neue Wege für die Bereitstellung von Arbeitsplätzen erproben. Es geht uns darum, die knappen Mittel mit dem größtmöglichen Effekt einzusetzen, d.h. möglichst viele Arbeitsplätze zu schaffen.

24 Wir werden nach Möglichkeiten suchen, wie die ABS-Gesellschaften und ähnliche Beschäftigungsgesellschaften zu nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten arbeitenden Betrieben fortentwickelt werden können. Diese Betriebe sollen vorrangig für die Rekultivierung der Landschaft, die Beseitigung von Altlasten, die Verbesserung unserer Umwelt und im Sozial- und Jugendbereich eingesetzt werden. Dazu werden wir neue Modelle entwickeln und erproben, um die großen Gestaltungsaufgaben im ökologischen und sozialen Bereich zu lösen, die sonst auf Jahre hinaus nicht bezahlbar wären. Ziel aller Projekte und Modelle muß die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen und die Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur sein.

25 Wir werden dafür sorgen, daß die aus den ABS-Gesellschaften entwickelten Betriebe mittelstandsfördernd wirken, indem ihnen keine Aufträge übertragen werden, die auch private Mittelstandsbetriebe übernehmen können. Solche Betriebe sollen nur Aufgaben erhalten, die im öffentlichen Interesse liegen und ansonsten nicht wahrgenommen würden. Andererseits sollen diese Betriebe auch Teilarbeiten an private Mittelstandsbetriebe vergeben und so deren Auftragslage verbessern.

Arbeitsbeschaffungs- maßnahmen

26 Trotz aller Anstrengungen, Arbeits-

plätze auf dem ersten Arbeitsmarkt zu schaffen, wird es weiterhin nötig sein, für schwer vermittelbare Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer das Instrumentarium der ABM und die Umschulungsprogramme fortzusetzen. Auch für Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger sind Arbeits- und Qualifizierungsangebote im kommunalen Bereich zu fördern. Kürzungen in diesem Bereich lehnen wir ab. Darüber hinaus gehören alle Maßnahmen zur Umschulung und Qualifizierung in Länderhand. Bildungsaufgaben sind gemäß Grundgesetz Ländersache. Das bedeutet für uns auch, daß die Qualifizierung über Arbeitsförderungsmaßnahmen vom Land gesteuert werden muß.

27 Um die Perspektive von Jugendlichen zu verbessern, werden wir uns für eine Ausbildungs- und eine Beschäftigungsgarantie bis zum 21. Lebensjahr einsetzen. Wenn notwendig, werden wir hierfür auch zusätzliche Landesmittel zur Verfügung stellen.

28 Wir wollen erreichen, daß Überstunden in den Betrieben und dem Öffentlichen Dienst vermieden und die Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit, auch bei AB-Maßnahmen, erweitert werden. Teilzeitarbeitsmodelle dürfen aber nicht nur bei typischen Frauenarbeitsplätzen Anwendung finden.

29 Wir werden uns für einen Rechtsanspruch auf ABM für Langzeitarbeitslose,

die länger als ein Jahr arbeitslos sind, einsetzen. Um Langzeitarbeitslose wieder an den Ablauf eines normalen Arbeitsalltags heranzuführen und möglichst schnell in den Arbeitsprozeß zu integrieren, werden wir gesonderte Modelle zur Wiedereingliederung erproben.

30 Gegen Schwarzarbeit, Lohndumping und den Mißbrauch von Leiharbeit werden wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln vorgehen. Die Zahl der Werkvertragsarbeiterinnen und -arbeiter muß im Interesse sachsen-anhaltinischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer begrenzt bleiben.

Arbeit im
Öffentlichen Interesse

Wohnen

Angemessener Wohnraum ist ein für die Würde des Menschen unverzichtbares Grundbedürfnis. Deshalb besteht ein zentrales Ziel der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Sachsen-Anhalt darin, allen Bürgerinnen und Bürgern bezahlbares Wohnen mit einem angemessenen Standard zu ermöglichen. Damit erfüllen wir auch einen Auftrag der Landesverfassung. Wir brauchen eine langfristig beständige Wohnungspolitik des Staates und einer Stärkung der Rechte der Mieterinnen und Mieter auf dem noch völlig verzerrten Wohnungsmarkt.

Mieterschutz

31 Der Schutz der Mieterinnen und Mieter vor Eigenbedarfskündigungen sollte bis Ende 1997 verlängert werden. Die Umwandlung von Miet- in allzu oft unbezahlbare Eigentumswohnungen oder teuren Gewerberaum werden wir nicht fördern, sondern durch Landesregelungen eingrenzen. Bei der Berechnung von Vergleichsmieten wollen wir die Einbeziehung aller Wohnungen der jeweiligen Kommune.

32 Für Luxusmodernisierungen muß die steuerliche Förderung entfallen. Eigeninitiativen von Mieterinnen und Mietern zur Verbesserung ihres Wohnstandards hingegen wollen wir fördern und mit einem erweiterten Mieterschutz verbinden. Dem Wohnungsleerstand werden wir u.a. durch

eine konsequente Anwendung der Zweckentfremdungsverordnung begegnen.

33 Wir fordern, daß die Wohngeldregelungen für die neuen Bundesländer solange Bestand haben, bis sich die Einkommen in Ost und West angeglichen haben. Insbesondere für die sozial Schwächsten muß das Wohngeld an ihre tatsächliche finanzielle Lage angepaßt werden.

34 Den Wohnungsneubau wollen wir an dem tatsächlichen Bedarf in den Kommunen ausrichten und dafür eintreten, daß nach dem Auslaufen des Wohnungsbelegungsgesetzes 1995 angemessene Bestände an belegungsgebundenem Wohnraum, d.h. Sozialwohnungen, vorhanden sein werden.

Großsiedlungen

35 Wir setzen uns für eine städtebauliche Aufwertung, ökologische Umgestaltung und Modernisierung der Großsiedlungen in Plattenbauweise ein. Dies beinhaltet eine Konzentration der Fördermaßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfelds unter weitgehender Mitbestimmung der Mieterinnen und Mieter. Die warmen Betriebskosten müssen durch den Einsatz von Blockheizkraftwerken, Wärmedämmung u.a.m. auf westdeutsches Niveau gesenkt werden. Es muß sichergestellt sein, daß sich Einzelhandel, Dienstleister und Kleingewerbe im direkten Umfeld der

Wohngebiete ansiedeln können. Zu einem lebenswerten Wohnumfeld, das wir erhalten und fördern wollen, gehören auch soziale Einrichtungen und Begegnungsstätten sowie die notwendigen Spielplätze und Kultur- und Jugendeinrichtungen.

36 Wir wollen die Sanierung und Modernisierung der Plattenbauten so fördern, daß sie weitestgehend dem Standard einer westdeutschen Sozialwohnung angeglichen werden. Alle in diesem Zusammenhang erforderlichen Maßnahmen sollen eine eigene Identität der Siedlungen herstellen und die Aufrechterhaltung ihrer bislang sozial ausgewogenen Bewohnerstruktur unterstützen.

Altbausanierung

37 Wir setzen uns dafür ein, den Altbaubestand möglichst unter Mithilfe der Mieterinnen und Mieter zu sanieren. Durch ein Mietermodernisierungsprogramm werden wir in Sachsen-Anhalt staatliche Fördermittel auch Mieterinnen und Mietern zugänglich machen und weitere private Mittel mobilisieren. Das muß verbunden werden mit einem erweiterten Mieterschutz und einer Mietpreisbindung.

38 Um Investitionen in die Altbausanierung vornehmen zu können, ist eine bessere Absicherung der interessierten Investoren gegenüber den Alteigentümerinnen und Alteigentümern notwendig. Wir

werden den Kommunen hierbei den Rücken stärken und sie auch bei der Durchsetzung des Prinzips „Investitionen vor Rückgabe“ unterstützen.

39 Die im Sanierungsbereich aufgelegten Förderprogramme werden wir in ihrer Gestaltung den tatsächlichen Erfordernissen anpassen, um ihre Wirksamkeit zu gewährleisten. Dazu gehören ein bedarfsgerechter Einsatz der Fördermittel und die Möglichkeit der Umverteilung zwischen verschiedenen Fördertöpfen.

Wohnungsneubau

40 Die für den kosten- und flächensparenden Wohnungsneubau eingesetzten Mittel müssen den wirklich Bedürftigen zugute kommen. Deswegen werden wir jede zehnte neugebaute Wohnung behinderten- und altengerecht ausgestalten. Den Neubau von Sozialwohnungen werden wir auf Schwerpunktregionen des Wohnungsbedarfs konzentrieren.

41 Normalverdienende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen vom sozialen Wohnungsbau nicht ausgeschlossen bleiben. Wir setzen uns für eine Erhöhung der Einkommensgrenze im sozialen Wohnungsbau ein, um so einem größeren Kreis von Anspruchsberechtigten den Zugang zu Sozialwohnungen zu ermöglichen.

42 In die Förderung selbstgenutzten Wohneigentums wollen wir auch Familien mit mittlerem Einkommen einbeziehen. Durch angemessene Rahmenbedingungen wollen wir neue Träger für den freifinanzierten Wohnungsbau interessieren und alte Träger wie Versicherungen, Sparkassen und Banken wiedergewinnen.

Stadt- und Ortskerne

43 Wir wollen eine vernünftige Mischung von Wohnen, Kultur, Büronutzung, Handel und Gastronomie in den Innenstädten. Die Innenstädte dürfen weder verfallen noch ausschließlich kommerziellen Interessen dienen. Dazu gehört auch, die Zweckentfremdungsverordnung zeitlich nicht zu begrenzen, konsequent durchzusetzen und bei Bedarf zu erweitern. Die Umwandlung von Wohnraum in Gewerbe- raum muß ebenso gebremst und gesteuert werden wie die Ansiedlung von Großmärkten auf der „grünen Wiese“.

44 Wir werden die Maßnahmen zur Stadtsanierung und zum städtebaulichen Denkmalschutz weiter im erforderlichen Maße fortführen. Für das Dorferneuerungsprogramm werden wir die Mittel aufstocken. Insbesondere kleineren Kommunen muß Hilfe bei der Erstellung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen gegeben werden.

Wohnungswirtschaft

45 Die Kommunen müssen in ausreichender Menge mietpreis- und belegungsgebundenen Wohnraum behalten. Als Eckwert sollten 30 Prozent des gesamten Wohnungsbestands in der Kommune gelten. Für diese Sozialwohnungen werden wir, um Mieten und Einkommen bei Besserverdienenden in Einklang zu bringen, eine Fehlbelegungsabgabe einführen.

46 Die Wohnungsprivatisierung stellt für uns nur eine flankierende Maßnahme dar, weil sie die öffentliche Hand aus ihrer sozialen Verantwortung entläßt und diese auf Dritte überträgt. Nach Klärung der bestehenden Rückübertragungsansprüche werden ohnehin ca. ein Drittel des kommunalen Wohnungsbestands in Privateigentum umgewandelt sein. Die Entscheidung für Wohneigentum sollte darüber hinaus ohne Zwang getroffen werden können, d.h. Angst vor dem Verlust einer Wohnung muß als Kaufmotiv generell ausscheiden.

47 Wir wollen einen Teil der notwendigen und zum Teil gesetzlich vorgeschriebenen Privatisierung in Form von kleinen Genossenschaften realisieren. Entsprechende Modelle unter dem Leitsatz „Sicherheit für Jeden, Risiko für Alle“ kommen bei angemessenen Randbedingungen den Einkommens- und Vermögensverhältnissen der Bürgerinnen und Bürger in Sachsen-Anhalt entgegen.

Rahmenbedingungen

48 Damit die Wohnungsbaupolitik den Verhältnissen in Ostdeutschland gerecht wird, fordern wir eine Verlagerung der Kompetenzen für die Vergabe von Fördermitteln und die Festlegung von Richtlinien vom Bund auf die Länder und Kommunen. Eine Beschneidung von Mitspracherechten der Bürgerinnen und Bürger bei Planungsvorhaben ist für uns nicht akzeptabel.

49 Durch eine enge Verzahnung der Wohnungs-, Verkehrs-, Umwelt- und Wirtschaftspolitik wollen wir eine bessere Abstimmung aller regionalen Wohnungsbauvorhaben bewirken. Das Landesgesetz über Raumordnung und Landesentwicklungsplanung werden wir überarbeiten.

50 Für baureifen, brachliegenden Grund wollen wir eine höhere Grundsteuer durchsetzen, um die Bautätigkeit anzuregen und die Spekulation unattraktiv zu machen. Bei Veräußerungen von Flächen durch die Treuhand und die Bundesvermögensverwaltung muß den Kommunen ein Vorkaufsrecht eingeräumt werden. Dabei dürfen die Gemeinden mit dem Problem ungeklärter Altlasten nicht allein gelassen werden.

Land- und Forstwirtschaft

Jede Landschaft braucht ihre Landwirtschaft, betrieben von Menschen, die in dieser Landschaft leben und verwurzelt sind. Die sozialdemokratische Agrarpolitik in Sachsen-Anhalt steht für eine vielseitig strukturierte Landwirtschaft. Die in ihr tätigen Menschen sollen ein Einkommen erzielen können, das dem der gewerblichen Wirtschaft entspricht. Wir wollen eine Landwirtschaft, in der neben der Erzeugung hochwertiger Nahrungsmittel auch die flächendeckende Landschaftspflege und der Landschafts-, Natur- und Trinkwasserschutz gewährleistet werden. Kein Wirtschaftsbereich ist so von einer intakten Umwelt abhängig wie die Landwirtschaft. Unser Ziel ist eine landwirtschaftliche Produktion, die in Einklang mit der Natur steht und an den Bedürfnissen der Menschen orientiert ist. Dazu sind einfache, überschaubare, gerechte und finanzierbare Förderprogramme durch die EG, den Bund und das Land zu gestalten. Wir wollen die Landwirtschaft wirtschaftlich in die Lage versetzen, daß sie einen ihr entsprechenden Anteil zur Entwicklung des gesamten ländlichen Raumes leistet.

Landwirtschaft

51 Unser Ziel ist eine landwirtschaftliche Produktion, bei der die Anpassung an den Bedarf an Lebensmitteln bevorzugt durch die Förderung der Extensivierung der Produktion und weniger durch

Flächenstilllegung erreicht wird. Dazu gehört auch eine flächengebundene Tierproduktion mit umweltverträglichen Bestandsobergrenzen.

52 In der landwirtschaftlichen Produktion sollten die Höchstmengen für bestimmte Produkte, die Referenzmengen, standortbezogen und gerecht verteilt werden. Die Zuständigkeit dafür muß im Land bleiben. Es muß sichergestellt werden, daß die möglichen Produktionsmengen voll ausgeschöpft werden.

53 Wir unterstützen eine Landwirtschaft, in der im angemessenen Umfang je nach möglichen Marktanteilen der ökologische Landbau und der Anbau sowie die Verarbeitung von Spezialkulturen ihren Platz haben.

54 Da die Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt deutlich regional geprägt ist, werden wir unser Programm für die unterschiedlichen Regionen der „Altmark“, „Börde“, „Elbaue“, „Harz“, „Fläming“ und „Querfurter Platte“ präzisieren. Ertragsarme und strukturschwache Räume sollen durch regionale Förderprogramme besondere Aufmerksamkeit erfahren.

55 Wir fordern für alle Rechtsformen in der Landwirtschaft Chancengleichheit. Dazu gehört auch, daß die Eigentumsverhältnisse mit direkter Hilfe von Behörden

korrekt geklärt werden und alle Rechtsformen landwirtschaftlicher Betriebe ihre Entwicklung sicher planen können. Durch einfache Verfahren der Flurneuordnung müssen zukunftssträchtige Bewirtschaftungsstrukturen hergestellt werden.

56 Wir wollen, daß durch gerechte Vermögensauseinandersetzungen zwischen LPG-Nachfolgeunternehmen und den ehemaligen LPG-Mitgliedern sowie Inventareinbringern gegenseitiges Verständnis und Vertrauen entsteht. Die wirtschaftliche Entwicklung von Betrieben aller Rechtsformen darf durch die Vermögensauseinandersetzungen nicht gefährdet werden. Trotzdem muß es zu einer Entschädigung der aus der Landwirtschaft ausscheidenden Boden- und Inventareinbringer kommen. Dazu ist die direkte Einflußnahme von Behörden genauso notwendig wie bei der Klärung noch offener Probleme der Altschuldenregulierung und der Entschädigung von Alteigentümerinnen und -eigentümern. Hierfür werden wir die rechtlichen Grundlagen schaffen.

57 Um den Anteil der Produzenten am erzielbaren Gewinn beim Verkauf ihrer Produkte zu erhöhen, werden wir Erzeugergemeinschaften ebenso gezielt fördern wie Betriebszweige, die nicht der Erzeugung von Lebensmitteln dienen. Dazu gehören der Anbau und die Verarbeitung nachwachsender Rohstoffe, aber auch der Tourismus und das Anbieten von Dienstleistungen. Wir setzen uns für eine Veränderung des Steuerrechts ein, die solche Vielfalt erleichtert.

58 Die Dörfer sind nicht nur Produktionsstätten, sondern auch Lebensraum der ländlichen Bevölkerung. Deshalb werden wir alle Maßnahmen der Dorferneuerung unterstützen und im Landwirtschaftsministerium konzentrieren.

Agrarwissenschaft

59 Wir wollen eine landesspezifische Agrarwissenschaft mit den Gebieten Forschung, Beratung und Weiterbildung aufbauen. Sie soll die Landesregierung beim effektiven Einsatz von Fördermitteln aus Land, Bund und EG zur Strukturanpassung, zum Umweltschutz, zur Qualitätssicherung und zur Vermarktung wissenschaftlich beraten. Wir wollen, daß die Agrarwissenschaft Landwirtinnen und Landwirte an den agrarwirtschaftlichen Fachschulen und den Lehr- und Versuchsanstalten berät und diese Aufgabe als eine umfassende fördernde Begleitung der Betriebe aller Rechtsformen durch die Landesregierung wahrnimmt.

60 Wir werden Modelle für eine ökonomisch starke, umweltgerechte und ökologisch orientierte Agrarproduktion in sich ändernden marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen erarbeiten. Dazu brauchen wir eine zukunftsorientierte und wissenschaftlich fundierte Agrarwirtschaft und regionale Entwicklungskonzepte unter Berücksichtigung von Standorteignung, von Markterfordernissen, von ökologischen Be-

langen und von sonstigen regional relevanten Einflußgrößen. Die Agrarwissenschaft sollte effektive Verfahren für die gesamte Kette von der Herstellung bis zur Verarbeitung und Vermarktung von Produkten entwickeln. Darüber hinaus sollten die Produktion, Verarbeitung und Vermarktung nachwachsender Rohstoffe wissenschaftlich untersucht und erprobt werden.

Forstwirtschaft

61 Unser vorrangiges Ziel in der Forstwirtschaftspolitik wird der Schutz und die Pflege des bestehenden Waldes als Voraussetzung für seine Erhaltung und fachgerechte wie bevölkerungsfreundliche Nutzung sein. Darüber hinaus sind geringwertige oder durch Schadstoffe belastete Böden, rekultivierte Flächen und Flächen um Industrieanlagen nach Möglichkeit aufzuforsten. Mittelfristiges Ziel ist die Vermehrung der Waldflächen in Sachsen-Anhalt.

62 Die zerstückelte und kleingliedrige Besitzstruktur des Privatwaldes verhindert dessen wirkungsvolle Pflege und Bewirtschaftung. Wir werden deshalb freiwillige Zusammenlegungen von Waldflächen juristisch selbständiger Eigentümer zum Zweck der gemeinsamen Bewirtschaftung, einschließlich Holzvermarktung, als Forst-Betriebs-Gemeinschaften ebenso gezielt fördern wie den freiwilligen Flächentausch, um räumlich verteilte Flächen zusammenzuführen. Das Land sollte auch dafür Sorge tragen, daß Waldstücke, an deren Be-

wirtschaftung die Besitzer kein Interesse haben, einer ordnungsgemäßen Pflege und Nutzung zugeführt werden.

63 Waldbesitzerinnen und -besitzern wollen wir durch das Angebot kostenloser Beratung fachlich Unterstützung gewähren. Da vielen Waldbesitzerinnen und -besitzern jedoch die Erfahrung im Waldbau fehlt, Fehler in der Bewirtschaftung dieser Dauerkultur eine Langzeitwirkung haben und Schäden in benachbarten Revieren verursachen können, müssen ortsansässige Forstfachleute diese Aufgabe wahrnehmen.

Wir werden bei den Waldförderungsrichtlinien die Kommunen den privaten Waldbesitzerinnen und Waldbesitzern gleichstellen.

Umwelt

Bei der Gestaltung und Durchsetzung einer wirksamen Umweltpolitik steht Sachsen-Anhalt vor einer doppelten Herausforderung: Ökologische Altlasten, die über einen langen Zeitraum entstanden sind, müssen beseitigt sowie ökologisch unzureichend ausgerüstete Betriebe auf den jeweils gültigen Standard gebracht werden. Gleichzeitig sind in einer Periode wirtschaftlicher Rezession und anhaltender Entindustrialisierung die Weichen für eine ökologische Modernisierung der Industrie zu stellen. Für uns sind Ökologie und Ökonomie keine Gegensätze. Nur was ökologisch verträglich ist, ist ökonomisch langfristig sinnvoll. Die daraus erwachsende Herausforderung werden wir annehmen und über kurzfristige Maßnahmen hinaus ein Zukunftsinvestitionsprogramm für einen besseren Schutz der Menschen und der Umwelt in Angriff nehmen. Durch ein spezielles Programm „Arbeit und Umwelt“ für Sachsen-Anhalt soll ökologisch verträgliches Wirtschaften sich lohnen und Arbeitsplätze geschaffen werden.

Energiepolitik

64 Tendenziell bewirkt ein hoher Energieverbrauch nicht nur einen hohen Wohlstand, sondern zieht auch hohe Umweltbelastungen nach sich. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch zu entkoppeln. Wir werden deshalb bessere Rahmenbedingungen für eine umweltschonende Ener-

giepolitik setzen, die zu einem rationelleren Energieeinsatz zwingt.

65 Wir wollen eine sinnvolle Dezentralisierung der Energieerzeugung und neue Kraftwerke nur mit Kraft-Wärme-Kopplung. Wir werden die Fernwärmeversorgung ausbauen und den Aufbau von Stadtwerken unterstützen.

66 Die Einführung regenerativer Energieerzeugung werden wir langfristig fördern und Pilotprojekte entwickeln. Wir wollen den Braunkohleeinsatz soweit begrenzen, wie es eine kostengünstige Versorgungssicherheit von Sachsen-Anhalt und arbeitsmarktpolitische Zielstellungen erfordern. Den Bau von Kernkraftwerken in Sachsen-Anhalt lehnen wir entschieden ab.

Nutzung der Landschaft

67 Zur Sicherung und Entwicklung von Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger sowie Besucherinnen und Besucher Sachsen-Anhalts werden wir wirksame raumordnerische und naturschutzrechtliche Regelungen durchsetzen. Dazu gehört eine Nutzung von Industriebrachen bei gleichzeitigem Schutz der „grünen Wiese“ und die mittelfristige Realisierung von Rekultivierungsprojekten für die Bergbaufolgelandschaft.

68 Wir wollen den Erhalt und die Regeneration der naturnahen Kulturlandschaft Sachsen-Anhalts in ihrer natürlichen Vielfalt. Den sanften Tourismus werden wir fördern. Schwerpunkte sind der Nationalpark Hochharz, Nationalpark Elbaue/Havel, die Biosphärenreservate „Mittlere Elbe“, „Karstlandschaft Südharz“ und „Drömling“ sowie die Naturparks „Saale-Unstrut-Triasland“, „Dübener Heide“ und „Untere Saale“. Mit verbindlichen Durchführungsbestimmungen werden wir für Rechtssicherheit gegenüber Nutzungsansprüchen in diesen Gebieten sorgen. Anerkannte Verbände werden wir bei naturschutzrelevanten Projekten einbinden.

69 Darüber hinaus werden wir bessere Rahmenbedingungen für eine umweltgerechte land- und forstwirtschaftliche Bodenbewirtschaftung und Flurgestaltung mit einer Anpassung an die natürlichen Gegebenheiten schaffen. Unser Ziel ist eine flächendeckende Landbewirtschaftung.

Umweltgut Wasser

70 Die Trink- und Brauchwasserqualität ist in zahlreichen Gebieten Sachsen-Anhalts noch unzureichend. Neben der konsequenten Weiterführung begonnener Projekte werden wir insbesondere Ursachen beseitigen, die einer nachhaltigen Verbesserung der Wasserqualität und der Sicherung des Wasserangebots im Wege stehen.

71 Unsere Schwerpunkte liegen hier bei einer Abwasserbeseitigung, mit der in allen Gewässern Sachsen-Anhalts je nach Nutzungserfordernis eine Gewässergüteklasse I oder II angestrebt wird. Wir wollen eine qualitätsgerechte Trinkwasserversorgung. Die Wasserpreise sollen am Solidarprinzip ausgerichtet und sozialverträglich sein. Wir werden die für eine Verbesserung des gesamtökologischen Wertes der Gewässer notwendigen Maßnahmen ergreifen.

72 Die Nutzung des Umweltgutes Wasser darf keine negativen gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen haben und die öffentlichen Haushalte nicht belasten.

Abfallprodukte und Altlasten

73 Die derzeitige Abfallproduktion ist volkswirtschaftlich fragwürdig, unnötig teuer und belastet die Verbraucherinnen und Verbraucher. Unser Hauptziel ist deshalb die Abfallvermeidung. Für die Bewältigung des Abfallaufkommens in Sachsen-Anhalt und zur Planung von Abfallentsorgungsanlagen werden wir eine prognostische Abfallbilanzierung durchführen. Bei der Entscheidung über die Entsorgungsvarianten in der Reihenfolge Behandlung – Verbrennung – Deponierung hat für uns die Umweltverträglichkeit grundsätzlich Vorrang. Wir werden eine dezentrale Abfallbeseitigung fördern, die

nach modernsten Gesichtspunkten arbeitet.

74 Wir werden die mit dem „Dualen System Deutschland“ abgeschlossenen Verträge auf ihre Einhaltung der gesetzlichen und vertraglichen Regelungen, insbesondere die Einhaltung der Verwertungsquoten, kritisch prüfen.

75 Für die Abfallvermeidung werden wir die landesgesetzlichen Möglichkeiten stärker ausschöpfen und notwendige Bundesratsinitiativen auf den Weg bringen. Vereinbarungen mit benachbarten Ländern über einen grenzüberschreitenden Mülltransport werden wir nur treffen, wenn beide Seiten davon Vorteile haben.

76 Die landesgesetzlichen Möglichkeiten für eine Freistellung von Altlasten wollen wir verbessern. Vorrangig werden wir die Altlasten beseitigen, die das größte Gefahrenpotential darstellen und die Wirtschaftsstrukturpolitik des Landes behindern. Gleichzeitig wollen wir neue Belastungen vermeiden.

Umweltbildung

77 Eine umweltfreundlichere Gesamtpolitik in Sachsen-Anhalt erfordert eine ausreichende und wirksame Umweltbildung. Mit einer besseren umweltpoliti-

schen Motivation der Bürgerinnen und Bürger werden wir auch die notwendigen Voraussetzungen für die ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft leichter sichern können.

78 Ökologie und Umweltschutz wollen wir als Unterrichtsprinzip in die Rahmenrichtlinien der allgemeinbildenden Schulen einfügen und die Ausbildungsprofile auf dem Gebiet von Ökologie und Umweltschutz an die landesspezifischen Bedürfnisse anpassen.

79 Wir wollen eine verbesserte Ausbildung des Verwaltungspersonals in den Behörden durchsetzen, die auf dem Gebiet des Umwelt- und Naturschutzes arbeiten, sowie eine gezielte Förderung von Einrichtungen, die sich der Umweltbildung widmen.

Soziales

Soziale Sicherheit ist ein Grundpfeiler des sozialen Friedens und ein Grundanliegen sozialdemokratischer Politik. Die Wahrung und Gestaltung des Sozialstaates muß daher in alle Bereiche der Politik einfließen. Es ist unser Anliegen, für eine humane Gestaltung der Lebens- und Arbeitsbedingungen nach Kräften Sorge zu tragen. Dies schließt die Überzeugung ein, daß es zur Wahrung der Würde des Menschen gehört, auch demjenigen eine Perspektive zu bieten, der ohne Arbeit ist. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns für eine vorbeugende und zukunftsweisende Sozialpolitik ein, insbesondere bei der Absicherung von Lebensrisiken und den Chancen eines würdigen Lebens im Alter. Wo Menschen sich untereinander helfen, beraten oder betreuen, sollte diese Solidarität vom Staat unterstützt werden.

Familienpolitik

80 Unabhängig davon, ob in Ehen, in Lebensgemeinschaften oder bei einem alleinerziehenden Elternteil, gilt der Grundsatz: Familie ist das Zusammenleben mit Kindern und Hilfsbedürftigen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind dem Gebot der Landesverfassung verpflichtet, wonach jeder Förderung und Entlastung verdient, der in häuslicher Gemeinschaft für Kinder oder Hilfsbedürftige sorgt. Frauen und Männer müssen darum die Möglichkeit haben, Beruf und Familie besser vereinbaren zu können.

81 Leistungen und Pflichten im häuslichen Bereich müssen gesellschaftlich und gesetzlich anerkannt und in der Rentenversicherung entsprechend berücksichtigt werden. Dies gilt im besonderen Maße für die Kindererziehungszeiten und die häusliche Pflege.

82 Wir werden die politischen Voraussetzungen dafür schaffen, daß Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Arbeitszeit individueller, flexibler und damit sowohl effizienter wie auch familienfreundlicher gestalten können.

83 Wir setzen uns ein für den Erhalt von bedarfs- und qualitätsgerechten Kindertagesstätten. Den Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz in Krippe, Kindergarten und Hort werden wir absichern. Wir werden dafür sorgen, daß Kinderbetreuungsplätze in Sachsen-Anhalt auch für Bürgerinnen und Bürger mit niedrigem Einkommen bezahlbar bleiben.

84 Für jede Familie mit Kind muß das Existenzminimum garantiert sein. Väter und Mütter müssen die Möglichkeit haben, gleichberechtigt und gesellschaftlich anerkannt ihre Kinder zu erziehen. Im Gegensatz zu Regelungen, die Wohlhabende ohne Kinder begünstigen, setzen wir uns für einen gerechten und wirksamen Lastenausgleich zugunsten von Familien mit Kin-

dern ein. Ein existenzsicherndes Elterngeld und ein Urlaubskonto sollen für beide Elternteile gelten. Familienfreundliches Wohnen muß für jeden bezahlbar sein.

85

Wir wollen eine kinderfreundliche Gesellschaft. Die Meinungen der Kinder und Jugendlichen werden wir dadurch stärker beachten und anerkennen, indem wir Kinder- und Jugendbeiräte einrichten. Damit sie sich ihren Ansprüchen gemäß entfalten können, muß auch die Stadt- und Verkehrsplanung auf die Bedürfnisse und Verhaltensweisen von Kindern Rücksicht nehmen.

86

Wir werden alle Möglichkeiten ausschöpfen, damit Kinder zu Gewaltfreiheit und einem sinnvollen Umgang mit Konflikten erzogen werden.

87

Gewalt, Vergewaltigung und sexueller Mißbrauch von Kindern nehmen in erschreckendem Maße zu. Die Betroffenen müssen unterstützt werden und die Möglichkeit haben, sich an einem sicheren Ort zurückzuziehen, an dem sie Ruhe, Schutz, Hilfe und Beratung finden. Wir werden dafür sorgen, daß Frauenhäuser und Kinderschutzwohnungen in ausreichendem Maße zu Verfügung stehen. Bei sexuellem Mißbrauch und Gewalt an Kindern müssen die Strafmaße erhöht und die Verjährungsfristen verlängert werden.

Seniorenpolitik

88

Viele Senioren können und wollen selbständig in ihrer vertrauten Umgebung leben und arbeiten. Durch solidarische Förderung und staatliche Hilfe wollen wir die Menschenwürde im Alter wahren und sichern. Damit Förderung und Hilfe auch tatsächlich den Bedürfnissen der Betroffenen gerecht werden, wollen wir die Erfahrungen der älteren Menschen und wissenschaftliche Erkenntnisse für die politischen Entscheidungen nutzen.

89

Viele ältere Menschen sind auf Sozialhilfe angewiesen, weil ihre Rente nicht zum Lebensunterhalt ausreicht. Auch das Risiko der Pflegebedürftigkeit ist noch immer nicht abgesichert. Wir setzen uns für die Ergänzung des beitrags- und leistungsbezogenen Sicherungssystems im Alter durch eine steuerfinanzierte Grundversicherung ein und werden uns weiterhin für sichere und gerechte Renten stark machen.

90

Altenheime dürfen nicht mehr länger „Verwahrungseinrichtungen“ sein. Es müssen Alternativen zu den Heimen angeboten werden. Je nach Gemeindestruktur sollen integrierte Wohn- und Servicezentren, die auch Beratungs- und Begegnungsstätten sind, geschaffen werden. Durch Wohnungstauschbörsen, Wohnraumanpassungsmaßnahmen und neue Wohnkonzepte werden wir ein altengerechtes Wohnen mit der Möglichkeit einer

abgestuften Betreuung anbieten. Wir wollen jede zehnte neugebaute Wohnung altengerecht gestalten.

91 Wir werden die Hilfe zur Selbsthilfe unterstützen und die Senioren durch Seniorenbeiräte in demokratische Entscheidungsprozesse einbinden. Wir möchten die Senioren in alle gesellschaftlichen Bereiche einbeziehen und werden uns für breitangelegte Hilfsangebote und gegenseitige Hilfsprojekte, wie z.B. „Alt hilft Jung“, einsetzen.

92 Das Aufgabenspektrum von Sozialstationen muß sich verändern und an abgestuften Pflegemöglichkeiten orientieren. Eine Vielfalt freier Träger muß dabei gewährleistet sein.

93 Bei Betreuung pflegebedürftiger Menschen in der Familie werden wir pflegende Angehörige unterstützen.

94 Zur Erleichterung des alltäglichen Lebens der Senioren ist auch ein Verkehrsnetz nötig, das ihnen Mobilität und bezahlbare Tarife bietet. Entsprechende Ziele setzen wir uns in der Verkehrspolitik.

95 Wir werden uns für Bildungs-, Kultur- und Freizeitangebote einsetzen, die sich an den Interessen und Anforderungen

der älteren Arbeitslosen, der Vorruheständler und Senioren orientieren. Das schließt auch Studienmöglichkeiten älterer Menschen an Hochschulen und Universitäten ein.

Behindertenintegration

96 Wir wollen, daß Behinderte gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben mitwirken können. Wir setzen uns für ein Antidiskriminierungsgesetz ein, damit Behinderte von den Kommunen und vom Land Maßnahmen zu ihrer Integration einfordern können.

97 Damit behinderte Bürger am gesellschaftlichen Leben und am Arbeitsprozeß teilnehmen können, muß ihre Mobilität verbessert werden. Die öffentlichen Gebäude, die Verkehrsmittel, die Wohnverhältnisse und Einkaufsmöglichkeiten müssen den Bedürfnissen Behinderter schrittweise angepaßt werden.

98 Behinderte sind oft unterfordert. Für Behinderte, die sich nicht im normalen Arbeitsprozeß befinden, ist ein Arbeitsplatz in einer Behindertenwerkstatt häufig weder beruflich noch finanziell befriedigend. Wir werden uns verstärkt für Alternativen und Ergänzungen zu Behindertenwerkstätten sowie eine leistungsgerechte Bezahlung einsetzen. Die Aus- und Fortbildung, die Weiterqualifizierung und das berufliche Training Behinderter muß eben-

so gefördert werden wie ihre Integration in die Arbeitswelt.

99 Behinderte im normalen Arbeitsprozeß müssen entsprechend den gesetzlichen Vorgaben angestellt werden. Wir befürworten Regelungen, nach denen Arbeitgeber sich nicht länger und allzuleicht von der gesetzlich festgelegten Verpflichtung freikaufen können, eine bestimmte Anzahl von Arbeitsplätzen für Behinderte bereitzustellen. Der öffentliche Dienst muß bei der Anstellung von Behinderten eine Vorbildfunktion übernehmen.

Ausländerintegration

100 Wir verurteilen jede Form von Ausländerfeindlichkeit. Das friedliche Zusammenleben mit Ausländerinnen und Ausländern und anderen gesellschaftlichen Minderheiten ist nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit, sondern ein wirksamer Beitrag gegen Gewalt. Wir werden alle Anstrengungen unterstützen, um Vorbehalte und Ängste gegen Ausländer abzubauen und Toleranz und Akzeptanz zu fördern.

101 Zur Integration von Ausländerinnen und Ausländern in unserer Gesellschaft gehört auch deren Gleichstellung. Wir treten deshalb für die Erleichterung der Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern ein, die seit Jahren rechtmäßig bei uns leben und dauerhaft hier bleiben

werden sowie für hier geborene Kinder ausländischer Eltern.

102 Wir werden uns dafür einsetzen, daß auch ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern einer Kommune, die nicht die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaates der Europäischen Gemeinschaft besitzen, das aktive und passive Wahlrecht in Gemeinden und Kreisen gewährt wird.

103 Die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern ist sinnvoll und notwendig. Wir werden uns im Bund für ein Gesamtkonzept einsetzen, das eine sozialverträgliche Steuerung der Einwanderung gewährleistet. Das Grundrecht auf Asyl für politische Flüchtlinge wollen wir erhalten.

104 Unsere ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger haben Schwierigkeiten im Umgang mit Behörden. Ausländerbeauftragte des Landes, der Kreise und kreisfreien Städte sollen sie dabei unterstützen und ihre Interessen vertreten.

Gesundheitswesen

105 Wir wollen eine enge Verknüpfung von Sozial- und Gesundheitspolitik. Eine solidarisch finanzierte Versorgung aller Leistungsbereiche in der Medizin, unter

besonderer Berücksichtigung von vorbeugenden Maßnahmen und der Rehabilitation, muß auch in Zukunft gewährleistet sein. Wir werden uns deshalb für die Fortschreibung der Gesundheitsstrukturreform einsetzen.

106 Wir wollen eine kostengünstige Optimalversorgung und eine Qualitätssicherung auch im Gesundheitswesen, weniger „Apparatemedizin“, aber wieder mehr „sprechende“ und familienunterstützende Versorgung in kleineren und gemeindenahen Einrichtungen. Die Betreuung chronisch Kranker muß verbessert werden.

107 Wir möchten die stationäre Verweildauer in den Krankenhäusern verkürzen und verbesserte Möglichkeiten zur Anschlußheilbehandlung und zur weiteren Rehabilitation anbieten. Entsprechend der Finanzausstattung im Bereich öffentlicher und frei getragener Krankenhäuser müssen schnellstmöglich auch Mittel für den medizinischen Hochschulbereich bereitgestellt werden. Unser Ziel ist eine Angleichung des Versorgungsnetzes an den westdeutschen Standard.

108 Wir streben eine gemeindenahe Versorgung und Neuorientierung der großen psychiatrischen Krankenhäuser an, wobei wir innovative und phantasievolle Therapieformen unterstützen. Wir wollen, daß die Kommunen verstärkt kleine Wohneinheiten vorhalten, die ein betreutes Wohnen für psychisch Kranke ermöglichen. Um

stationär behandelten Patienten wieder einen behutsamen Einstieg in das Alltagsleben bieten zu können, sollen Übergangsplätze angeboten werden.

Drogenpolitik

109 Oberstes Ziel unserer Drogenpolitik ist es, durch Aufklärung und Vorbeugung das Anwachsen des Drogenmißbrauchs in Sachsen-Anhalt zu begrenzen. Wir fordern die Entkriminalisierung von Drogensüchtigen und statt dessen mehr Alltagshilfe für die Abhängigen. Der zerstörerische Kreislauf von Beschaffungskriminalität und Drogenkonsum muß durchbrochen werden. Wir setzen uns in dem Maß, wie die Drogenproblematik zunehmen wird, für eine Teillegalisierung von Drogen unter den Aspekten eines sinnvollen Umgangs mit der Droge und einer verbesserten Gesundheitsaufklärung ein.

110 Jeder Therapiewillige sollte die Möglichkeit haben, ohne lange Wartezeit einen Therapieplatz in Anspruch nehmen zu können. Dies bedeutet eine ausreichende Bereitstellung von Therapieplätzen. Die Methadonbehandlung für Rauschgiftsüchtige kann dabei eine begleitende Hilfestellung sein. Ziel aller Therapieansätze muß es sein, den Suchtkranken wieder ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

111 Die Diskussion um Drogen muß

die legalen Drogen wie Alkohol und Nikotin mit einbeziehen. Sie müssen mit derselben Konsequenz wie die illegalen Drogen behandelt und gezielt in eine Aufklärungs- und Vorbeugungsarbeit integriert werden.

Beratungsstellen

112

Der Bedarf an Information über die verschiedenen Sozial- und Versorgungsleistungen wächst ständig. Es entstehen neue Problembereiche bei Mieten und Schulden. Wir werden die Mieter-, Verbraucher- und Schuldnerberatungen durch Landesmittel unterstützen und ausbauen. Darüber hinaus werden wir in ausreichendem Maße Anlaufstellen bei sozialen und familiären Konflikten zur Verfügung stellen.

113

Wir werden bei dem aufzubauenden flächendeckenden Netz von Schwangerschaftsberatungsstellen eine ausgewogene Trägervielfalt garantieren.

Frauenpolitik

Zu den Schwerpunkten sozialdemokratischer Politik gehört die aktive und konsequente Umsetzung des Gleichberechtigungsgesetzes für Frauen und Männer nach Art. 3 des Grundgesetzes. Wir sorgen für die Gleichstellung der Frauen in allen Lebensbereichen durch besondere Fördermaßnahmen bis zum Ausgleich bestehender Benachteiligungen. Unser Ziel ist die gerechte Verteilung von Arbeit, Macht, Einkommen und Freizeit zwischen Frauen und Männern.

Gesellschaftliche Teilhabe

114 Wir werden die Frauenpolitik nicht einer kompetenzlosen Leitstelle überlassen, sondern über ein Ministerium eine effiziente Frauen- und Gleichstellungspolitik durchsetzen.

115 Wir werden die gleichberechtigte Teilnahme der Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen fördern. Neben der Sicherung des Lebensunterhaltes bedeutet Erwerbstätigkeit auch für Frauen Unabhängigkeit, Bestätigung, neue Erfahrungen und soziale Kontakte.

Frauenförderung

116 Unser Landesgleichstellungs-

gesetz wird Grundlage dafür sein, Benachteiligungen von Frauen im öffentlichen Dienst tatsächlich zu beseitigen.

117 Die Wirtschafts- und Strukturförderung des Landes soll regional und branchenorientiert soweit wie möglich mit der Frauenförderung verzahnt werden.

118 Entsprechend ihrem Anteil an der Arbeitslosigkeit sind Frauen an Qualifizierungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu beteiligen. Besonders Alleinerziehende, ältere Frauen, Frauen aus dem ländlichen Raum und Sozialhilfeempfängerinnen werden wir mit einem Frauenaktionsprogramm gezielt unterstützen.

Selbstbestimmung

119 Jede Frau soll in der Lage sein, frei und eigenverantwortlich über das Austragen einer Schwangerschaft zu entscheiden. Wir setzen uns weiterhin für die Streichung des § 218 des Strafgesetzbuches ein. Wir treten für eine Krankenkassenfinanzierung eines Schwangerschaftsabbruches, die kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln und die Einführung der Abtreibungspille R U 486 ein.

Jugend

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen eine deutliche Verbesserung der Zukunftschancen unserer Jugend. Junge Menschen sind von den drastischen Veränderungen der letzten Jahre in anderer Weise betroffen als Erwachsene. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene befinden sich auch entwicklungsbedingt in einer Umbruchphase. Auf vielfältige Weise sind sie abhängig von den materiellen und sozialen Lebensbedingungen ihrer Elternhäuser und ihrem gesellschaftlichen Lebensumfeld.

Jugendarbeit

120 Unsere Jugendpolitik wird Freiräume schaffen, in denen Kinder und Jugendliche sich erproben, Freiheiten nutzen, aber auch Grenzen kennenlernen können. Es muß Raum sein für jugendliche Phantasie und Kreativität. Nur so können Jugendliche lernen, im Vertrauen auf sich selbst optimistisch ihre Zukunft zu gestalten. Nach diesen Prinzipien werden wir den Landesjugendplan überarbeiten.

121 Jugendarbeit ist ein wichtiger Bereich, um gesellschaftliches Engagement und demokratischen Umgang miteinander zu üben. Hier kann und soll gelernt werden, eigene Interessen selbst in die Hand zu nehmen und nicht auf die Hilfe anderer zu warten. Das weite Feld politischen und

sozialen Lernens soll zum persönlichen Einsatz bei der Gestaltung eigener Lebensräume und zum Verständnis für andere Gruppen in der Gesellschaft führen. Ohnmachtsgefühlen und Vereinzelungserfahrungen wird so entgegengewirkt.

122 Die Stärkung des demokratischen Bewußtseins ist ein wesentliches Element unserer Jugendarbeit. Wir wollen deshalb den Aufbau freier, selbstorganisierter Zusammenschlüsse von jungen Menschen befördern bzw. entsprechende Zusammenschlüsse initiieren. Dazu gehören z.B. ein Runder Tisch Jugend oder der Jugendbeirat. Vorhandene Gremien wie die Jugendhilfeausschüsse müssen ihre Kompetenzen stärker wahrnehmen. In Jugendzentren und anderen Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit werden die Kinder- und Jugendlichen durch Selbstverwaltungsgremien in die Verantwortung eingebunden. Bei demokratischen Entscheidungsprozessen müssen Jugendliche mehr Mitbestimmungsrechte erhalten. Wir werden deshalb die Altersgrenze für eine Beteiligung an Einwohneranträgen in den Kommunen auf 16 Jahre und bei besonders Jugendliche betreffenden Fragen auf 14 Jahre herabsetzen.

123 Wir wollen die Kompetenz der Jugendämter stärken. Nur so wird die Voraussetzung dafür geschaffen, daß Interessen und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen erkannt, gebündelt und bei der Gestaltung der Lebensumwelt angemessen berücksichtigt werden. Bei den Jugendämtern werden wir für junge Menschen ein

umfassendes Angebot an Beratung und Hilfe zur Verfügung stellen.

124 Die Förderung von Werkstätten im Rahmen der Jugendsozialarbeit muß intensiviert werden, da sich die Angebote dieser Einrichtungen vor allem an junge Menschen richten, von denen besonders ungünstige Voraussetzungen für eine Ausbildung und Beschäftigung mitgebracht werden. Bestimmend für diese Werkstattprojekte muß die sozialpädagogische Orientierung und Begleitung der Angebote und Maßnahmen sein.

125 Wir wollen die Fähigkeit der jungen Menschen zur sozialen und beruflichen Integration stärken und deshalb für einen gezielten und angemessenen Einsatz von Straßensozialarbeit Sorge tragen. Eine angemessene Förderung der Aus-, Fort- und Weiterbildung für die im Jugendbereich Tätigen ist dringend erforderlich. Bei der Anerkennung von Ausbildungen muß die erworbene praktische Erfahrung stärker berücksichtigt werden.

Jugendpauschale

126 Ein Ziel unserer Jugendpolitik ist die Schaffung von Rahmenbedingungen, unter denen in jeder Gemeinde und in jedem Stadtteil Jugendarbeit erfahrbar wird. Mit einer Jugendpauschale aus dem Landshaushalt wollen wir die Kommunen in

die Lage versetzen, flexibel und den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen vor Ort angemessen Jugendarbeit zu finanzieren. Projekte der Jugendarbeit können so auch langfristig geplant und umgesetzt werden.

127 Das Engagement ehrenamtlicher Mitarbeiter ist im Jugendbereich unverzichtbar. Deshalb wollen wir u.a. mit der Jugendpauschale die personellen und sächlichen Voraussetzungen dafür schaffen, daß dieses System weiter ausgebaut werden kann. Kommunen mit über 10.000 Einwohnern werden wir anregen, einen hauptamtlichen Jugendmitarbeiter einzustellen.

128 Wir brauchen ein vielfältiges Angebot an freien Trägern der Jugendarbeit, das den unterschiedlichen Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen aller Altersstufen angemessen ist. Hierfür sind entsprechende übersichtliche und handhabbare Förderungsstrukturen notwendig. Der Eigenverantwortlichkeit und der Vielfalt freier Träger der Jugendarbeit muß Rechnung getragen werden.

Freizeit- und Wohnmöglichkeiten

129 Für viele Kinder und Jugendliche kommt es darauf an, Treffpunkte zu haben, an denen sie unter sich sein können und die sie nach ihren eigenen Vorstellungen

Bildung

Bildung dient der freien Entfaltung der Persönlichkeit. Darüber hinaus ist das Wissen und Können der Menschen in Sachsen-Anhalt eine wichtige Grundlage für die ökonomische und ökologische Umgestaltung unseres Landes. Schule muß demzufolge auf die geistigen, praktischen und sozialen Anforderungen vorbereiten. Deshalb wollen wir eine moderne, leistungsorientierte Schule in Sachsen-Anhalt, die selbstbewußte, motivierte junge Menschen hervorbringt. Solche kommunikativen und kreativen jungen Menschen sollen die Zukunft unseres Landes mitgestalten.

Demokratische Schule

131 Durch die Unterstützung neuer Lern- und Schulformen werden wir den Prozeß einer Erziehung zur Demokratie voranbringen. Das bedeutet eine grundlegende Überarbeitung der inhaltlichen und organisatorischen Vorgaben für das gesamte Schulwesen. Wir werden diejenigen Schulformen stärken, die das demokratische Leben in den Mittelpunkt der Erziehung stellen. Dazu gehört auch die Gesamtschule. Aus der bisherigen dreigliedrigen werden wir eine zweigliedrige Schulverwaltung formen. Dies verkürzt Entscheidungswege und macht die Entscheidungsfindung durchsichtiger.

132 Nach dem Grundsatz „Alles, was an der Schule entschieden werden

kann, soll auch dort entschieden werden“ wollen wir den Schulen verstärkt Möglichkeiten eröffnen, selber Schwerpunkte im Fächerangebot und in den Stundentafeln zu setzen und Angebote zur Stärkung des Soziallebens zu machen. Dabei sollen Modelle gefördert werden, die geeignet sind, die Demokratie in der Schule direkt zu erleben. Zuständigkeiten und Zusammensetzung der schulischen Beschlußgremien werden geändert mit dem Ziel, die demokratische Mitbestimmung aller Beteiligten zu stärken.

133 Wir wollen die Öffnung der Schule zu ihrem gesellschaftlichen Umfeld und zu ihrer Gemeinde, um sie zu einem wirklichen Teil ihres kommunalen Umfeldes werden zu lassen. Das bedeutet die Förderung einer stärkeren Hinwendung der Schule zu außerschulischen Gruppen, Personen und Institutionen.

Schul Aufbau

134 Wir sind uns bewußt, daß der gegenwärtige Geburtenrückgang tiefe Eingriffe in das Schulwesen und weitgehende Umstrukturierungen erfordern wird. Wir fassen diese Notwendigkeit zur Veränderung als Chance für eine Effektivierung des bestehenden Schulsystems auf. Trotzdem werden wir in die Schulen investieren und die Schulausstattung und den Schulbau verbessern.

135 Wir wollen eine vielfältige Schullandschaft, die ein Mehr an Chancen für alle Kinder sichert. Der Aufbau eines leistungsfähigen Schulangebotes an den einzelnen Standorten erfordert ein unterschiedliches Vorgehen im Lande. Im Norden Sachsen-Anhalts sind personalaufwendige Lösungen nötig, in den dichtbesiedelten Gebieten im Süden geeignete Schulzentren, kooperierende Schulformen und integrierte Gesamtschulen zu entwickeln.

136 Eine moderne Schule ist nur als Leistungsschule denkbar, die Schülerinnen und Schüler motiviert, ihre Stärken hinsichtlich ihrer geistigen, emotionalen, sozialen und kreativen Fähigkeiten erkennt und weiterentwickelt. Dazu gehört auch, daß Schülerinnen und Schüler nicht frühzeitig die Schule verlassen, sondern möglichst alle zu einem qualifizierten Abschluß gebracht werden.

137 Wir verfahren nach dem Grundsatz: Länger gemeinsam lernen und zugleich die Entwicklung individueller Neigungen und Talente bei jedem einzelnen Kind frühzeitig fördern. Alle Kinder sollen in den ersten sechs Schuljahren gemeinsam lernen. Ein wohnortnahes Grundschulangebot ist zu erhalten. Die Klassen 5 und 6 werden je nach den örtlichen Gegebenheiten in Grundschulen, Sekundarschulen oder Gesamtschulen besucht. Wir sind für einen Zeitraum der besonderen Orientierung, in dem sich Eltern und Kinder über

die jeweiligen Neigungsschwerpunkte klarwerden.

138 Die Sekundarstufe I beträgt für alle Schülerinnen und Schüler zehn Schuljahre. Der Hauptschulbildungsgang der Sekundarschule kann bereits nach Klasse neun verlassen werden. Für das zehnte Schuljahr ist zu prüfen, ob berufsbildende Bestandteile in die allgemeinbildende Schule Eingang finden können.

139 Wir werden das Nebeneinander, vor allem aber die Kooperation verschiedener Schulformen unter einem Dach fördern. Wir werden dort für die Gründung von Gesamtschulen eintreten, wo die Eltern es wünschen und die örtlichen Gegebenheiten es zulassen. In der Sekundarschule werden wir die Trennung zwischen Realschul- und Hauptschulklassen aufheben. Leistungs- und Interessendifferenzierung innerhalb ein und derselben Schulart soll hingegen gefördert werden.

140 Das bisherige Kurssystem an den Gymnasien muß qualifiziert werden. Der starre Fächerkanon in den unteren Klassen sollte gelockert und entsprechend den Neigungen der Schüler ergänzt werden. Versuche mit fächerübergreifenden Lernbereichen sind notwendig. Die Frage der Schuldauer ist zu überprüfen. Für uns sind dabei nicht finanzpolitische Überlegungen vorrangig, sondern in erster Linie Inhalt und Qualifikation. Es muß gesichert sein, daß in Sachsen-Anhalt ein bundes-

weit anerkanntes und geachtetes Abitur abgelegt werden kann.

141 Die Sonderschulen in Sachsen-Anhalt bedürfen einer Umstrukturierung. Sonderschüler sollten so weit wie möglich in das allgemeine Schulwesen integriert oder, soweit notwendig, in besonderen Lerngruppen an den allgemeinbildenden Schulen zusammengefaßt werden. Die vorhandenen Sonderschulen sollen auf diese Weise kleiner und schülergerechter werden. Weite Transportwege der Schüler müssen vermieden und im Bedarfsfall geeignete Transportmittel bereitgestellt werden.

142 Ein bedarfsgerechtes Angebot von Horten muß erhalten bleiben, wobei die pädagogische Betreuung zu verbessern ist. Für ältere Schülerinnen und Schüler sind gemeinde- oder stadtteilorientierte Angebote zu entwickeln, die eine Betreuung über die Schule hinaus erlauben. Hierbei sind Mischformen freier und öffentlicher Trägerschaft zu erproben.

Berufliche Bildung

143 Die berufliche Bildung trägt unmittelbar dazu bei, Jugendlichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu eröffnen. Der Ausbau des Berufsschulwesens in Sachsen-Anhalt ist unerläßlich und die Förderung der Berufsbildung ein besonderer Schwerpunkt unserer Bildungspolitik.

144 Angesichts der wirtschaftlichen Situation des Landes fordern wir die außerbetriebliche Ausbildung. Wir wollen das Berufsgrundbildungsjahr in jeder Region erreichbar anbieten und das Berufsvorbereitungsjahr in erforderlichem Umfang vorhalten. Die Zahl der Jugendlichen ohne qualifizierten Ausbildungsabschluß muß durch die Breite des Berufsschulangebots abgesenkt werden. Innerhalb des dualen Systems der Ausbildung fordern wir den vollen zweiten Berufsschultag. Wir werden nach Möglichkeiten suchen, wie über die Berufsbildung wieder Wege zum Abitur eröffnet werden können.

145 Wir werden ein Netz von Berufsschulzentren schaffen, das den Ansprüchen an eine fundierte berufliche Ausbildung sowie eine moderne Fort- und Weiterbildung gerecht wird. Dabei muß es möglich sein, Fördergelder aus der Arbeitsverwaltung und landesübergreifende Förderprogramme für die Fort- und Weiterbildung zu nutzen.

Weiter- und Erwachsenenbildung

146 Lernen ist ein lebenslanger Prozeß. Daher müssen für alle Menschen die Chancen offengehalten werden, Abschlüsse nachzuholen und sich selber neue Bildungswege zu erschließen. Wir werden daher das System der Erwachsenenbildung ausbauen und vor allem durch ein

Bildungsurlaubsgesetz die Möglichkeit für alle Arbeitnehmer schaffen, sich neue Lebensperspektiven zu erschließen.

147 Hinsichtlich der Gleichstellung der Frau erwachsen dem Bildungswesen zusätzliche Aufgaben. Frauen stoßen heute in der Erwerbstätigkeit an neue Schranken. Auch die Bildungspolitik muß zur Überwindung dieser Situation beitragen. Daher werden wir besondere schulische Angebote zur qualifizierten Erstausbildung von Frauen stärken und auf ihre Lage zugeschnittene Weiterbildungsangebote entwickeln.

Wissenschaft und Forschung

Wissenschaft und Forschung sind wesentliche Bestandteile der künftigen Entwicklung unseres Landes. Ihr Leistungsstand ist auch ein wirtschaftlicher Standortfaktor. Die Ausgaben und planerischen Impulse für Wissenschaft und Forschung sind Investitionen in die Zukunft Sachsen-Anhalts. An den staatlichen Hochschulen müssen Personen qualifiziert werden, deren Wissen und Fähigkeiten der gesamten Gesellschaft und der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes zugute kommen. Daneben brauchen wir außeruniversitäre Forschungseinrichtungen für Aufgaben, die von den Hochschulen nicht in gleicher Weise wahrgenommen werden können.

Rahmenbedingungen

148 Wir setzen uns dafür ein, daß der Bund die finanziellen Rahmenbedingungen im Hochschulbereich für Sachsen-Anhalt verbessert, damit der Rückstand gegenüber den alten Ländern beim Hochschulbau und der Ausstattung der Hochschulen innerhalb von zehn Jahren im wesentlichen aufgeholt werden kann. Außerdem sind Verbesserungen im Wohnheimbau, der Forschungsfinanzierung und der Projektförderung durch den Bund erforderlich.

149 Wir wollen einen international

konkurrenzfähigen Leistungsstandard der Hochschulen und der übrigen Wissenschaftsbereiche Sachsen-Anhalts. Zu diesem Zweck werden wir den Anteil der wissenschaftsbezogenen Ausgaben am Landeshaushalt erhöhen. Eine Schließung von Hochschulbereichen aus finanzpolitischen Gründen muß verhindert werden.

Studienangebote

150 Eine SPD-geführte Landesregierung wird insbesondere den Fachhochschulbereich unter Nutzung von Potentialen entsprechender Vorläufereinrichtungen ausbauen. Unter Ausweitung des fachlichen Angebots sollen an den Fachhochschulen langfristig bis zu 50 % aller Studienplätze des Landes für eine qualifizierte Berufsausbildung auf wissenschaftlicher Grundlage bereitgestellt werden.

151 Universitäten und Kunsthochschulen werden wir so ausbauen und weiterentwickeln, daß der in den verschiedenen Regionen des Landes bestehende spezifische Bedarf abgedeckt werden kann. Am Standort Magdeburg sind insbesondere die geistes- und sozialwissenschaftlichen sowie die musisch-kulturellen Fächer zu stärken. Die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg wird entsprechend ihrer jahrhundertealten Tradition ausgebaut.

152 Hochschulen sind wissenschaftliche, technologische und kulturelle Zentren

ihrer Region. Ihre Zusammenarbeit mit der Industrieforschung und ihre Kontakte im Bereich des Technologietransfers werden wir unterstützen und die Durchführung von fachbezogenen und allgemeinbildenden Veranstaltungen fördern. Im Sinne lebenslangen Lernens sollen die Hochschulen auch Aufgaben wahrnehmen, die über ihren eigentlichen Bereich hinausreichen. Dies betrifft insbesondere Angebote zur Fort- und Weiterbildung und berufsbegleitenden Bildung oder Umschulung.

153 Für beruflich besonders Befähigte und für qualifizierte Personen, denen bislang ein Studium nicht möglich war, wollen wir den Hochschulzugang erleichtern.

154 Engagierten und befähigten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die aus ihrem Arbeitsbereich ausscheiden mußten, sollte zur Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung ihrer Qualifikation eine Beteiligung am Wissenschaftsbetrieb der Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen ermöglicht werden.

Forschung

155 Sozialdemokratisch geprägte Forschungspolitik widmet Beiträgen zur Lösung der Schlüsselfragen der menschlichen Zivilisation große Aufmerksamkeit. Der

Arbeit von geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschungsgruppen messen wir hierbei besondere Bedeutung zu.

156 Neben der Grundlagenforschung werden wir auch solche Arbeitsbereiche besonders hervorheben, die unmittelbar zur wirtschaftlichen Entwicklung Sachsens-Anhalts beitragen können. Dabei sind auch nichtstaatliche Träger einzubeziehen.

157 Die überregionale Zusammenarbeit ist so zu entwickeln, daß das jeweilige Profil der einzelnen Hochschule gestärkt wird. Unser Ziel ist sowohl die Einbindung der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Sachsens-Anhalts auf nationaler Ebene wie auch die Integration ostdeutscher und osteuropäischer Wissenschaftler in die internationale Forschungsgemeinschaft.

158 Die weitere Abwanderung vor allem junger Ingenieurinnen und Ingenieure und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wollen wir stoppen und alle Initiativkräfte in Forschung und Entwicklung nachhaltig unterstützen.

Effizienz der Hochschulen

159 Die Sozialdemokraten betrachten das Hochschulstudium als eine gemein-

same Investition von Studierenden und Öffentlicher Hand, bei der es auf einen hohen Ausbildungsstandard, begrenzte Studienzeiten und einen zielgerichteten und erfolgreichen Abschluß ankommt. Wir werden gemeinsam mit den Hochschulen Studienzeitverlängerungen entgegenwirken und durch Beratung und Betreuung der Studierenden die Erfolgsquote steigern.

160 Für die Orientierung auf die beruflichen Anforderungen und den Arbeitsmarkt sind besondere Anstrengungen erforderlich. Besonders qualifizierte Studierende und Absolventinnen und Absolventen aller Hochschularten werden wir nachhaltig fördern.

161 Wir werden alle Initiativen unterstützen, mit denen durch eine weitere Professionalisierung des Managements die Leistungsfähigkeit der hochschulinternen Arbeits- und Entscheidungsstrukturen gestärkt wird. Gleichzeitig wollen wir mehr Eigenverantwortlichkeit der Hochschulen für die Verwendung der ihnen zugewiesenen finanziellen Mittel.

162 Die Leitungen und Verwaltungen der Hochschulen und ihrer Fachbereiche wollen wir dazu ermuntern, im Rahmen der Hochschulautonomie eine gleichberechtigte, kollegiale und demokratische Mitbestimmung zur Entfaltung zu bringen.

163 Eine konstruktive Hochschul- und Wissenschaftspolitik kann nur auf der Grundlage einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Landesregierung erfolgreich umgesetzt werden. Wir sind bereit, alle wesentlichen hochschulpolitischen Fragen im Dialog gemeinsam zu entscheiden.

Kultur

Kultur bietet Orientierungslinien inmitten eines tiefgreifenden Wertewandels und ist eine Voraussetzung für gesellschaftliche Kommunikation. Sie eröffnet das Gespräch gerade dort, wo sich neue Gegensätze auftun, die unüberbrückbar scheinen. Sie kann helfen, Vorurteile infrage zu stellen und Ängste zu mindern. Kultur trägt zu sozialer Stabilität bei und auch zu einem innovativen Klima, das für einen wirklichen Aufschwung im Osten nötig ist. Wer Zukunft will, muß Kultur fördern und entwickeln. Kultur ist „Lebensmittel“.

Traditioneller Reichtum

164 Sachsen-Anhalts vielfältige und reichhaltige Denkmale und Kulturlandschaften müssen als Lebensräume begriffen und gestaltet werden. Der Reichtum unserer Kulturlandschaft liegt vielerorts noch brach. Ihn wollen wir neu entdecken, nutzen und mehren.

165 Denkmalpflege und -sanierung verlangen Sachkunde und Qualifikation. Sie bietet Zukunftschancen für das Bauhandwerk, für die wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinden und die Förderung des Tourismus.

Neue Kulturpolitik

166 Der Staat darf nicht Vormund der Kultur, sondern soll Garant kultureller Vielfalt sein. Entsprechend dieser Zielsetzung unseres Berliner Programms wollen wir vorhandene Freiräume nutzen und neue erschließen. Immer mehr Menschen sollen die Möglichkeit erhalten, am kulturellen Leben teilzunehmen, ungehindert durch soziale oder finanzielle Barrieren. Kreative Selbstentfaltung ist aktive Mitgestaltung einer offenen Gesellschaft.

167 Wir werden die Bedingungen kultureller Breitenarbeit und Soziokultur sichern, ausbauen und nach konzeptionellen Gesichtspunkten finanziell unterstützen. Institutionen, die öffentliche Belange im Kulturbereich vertreten, sollten angehalten werden, das Engagement der Bürgerinnen und Bürger stärker einzubeziehen.

168 Kulturelle Substanzerhaltung schließt auch die Veränderung von Bewährtem ein. Dies ist nur möglich im offenen und vertrauensvollen Gespräch zwischen Kulturschaffenden und Politikerinnen und Politikern. Einen solchen Dialog werden wir zur Grundlage unserer Kulturpolitik machen.

Aktive Kulturpolitik

169 Kommunale Selbstverwaltung schließt Landesplanung in der Kulturpolitik nicht aus. Sie erfordert im Gegenteil engagierte, strukturpolitische Unterstützung und ein Zusammenwirken aller Beteiligten. Das Land muß Kulturpolitik unter gleichberechtigter Mitwirkung der Kommunen und freien Träger planen. Kooperationsmodelle zwischen mehreren Kommunen bzw. sonstigen Trägern werden wir beraten und vorrangig fördern.

170 Der Erhalt der Theaterlandschaft Sachsen-Anhalts ist für uns eine wesentliche Grundlage bei der Neustrukturierung und Entwicklung örtlicher und regionaler Kulturangebote.

171 Das „Lebensmittel“ Kultur muß auch den Lebensunterhalt von Künstlerinnen und Künstlern sichern. Künstlerische Spitzenleistungen sowie ehrenamtliches Engagement setzen ein notwendiges Maß an Professionalisierung voraus, damit im Kulturbereich neue und zukunftssichere Arbeitsplätze entstehen. Künstlerförderung heißt aber nicht nur mehr Geld, sondern auch mehr Initiative der öffentlichen Hand bei der Erprobung von Modellen zur Existenzgründung und -sicherung.

Kulturfinanzierung

172 Kulturfinanzierung ist und bleibt auf die Unterstützung der öffentlichen Hand angewiesen. Privates Engagement in Form von Spenden, Mäzenatentum, Sponsoring oder Stiftungen kann diese Aufgabe ergänzen und Innovation fördern. Solange das Steueraufkommen der Kommunen unzureichend bleibt, sind Bund und Land in der Pflicht, finanzielle Mittel in ausreichender Höhe für den Kulturbereich zur Verfügung zu stellen.

173 In die Entscheidungsprozesse über die Mittelvergabe werden wir die Kommunen und freien Träger der Kulturarbeit stärker einbinden. Finanzielle Förderungen wollen wir mit einem Planungsangebot verknüpfen, das freie Träger, die Kommunen und das Land dazu anhält, ausgewogene Zielsetzungen für die Entwicklung der Breiten- und Spitzenkultur zu formulieren und umzusetzen. Es muß gesichert sein, daß in allen öffentlichen Haushalten ein angemessener Betrag für die Kulturförderung vorgesehen wird.

Medienpolitik

174 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind der Meinung, daß Medienvielfalt ein Ausdruck von Demokratie ist. Obwohl wir gegen staatliche Einmischung und Reglementierung sind, zeigt sich ein Handlungsbedarf bei der Frage

nach Gewaltdarstellung in den Medien. Allerdings sind wir der Auffassung, daß die Veranstalter diese Frage selber regeln und sich einen verantwortbaren Ehrenkodex geben sollten.

175 Zur Förderung und Entwicklung regionaler Identität werden wir uns für gesetzliche Voraussetzungen einsetzen, mit denen verstärkt Lokalfunk eingerichtet werden kann. Wir werden das Landesrundfunkgesetz so ändern, daß die Bürgerinnen und Bürger die kostenfreie Möglichkeit erhalten, sich über Offene Kanäle im Fernsehen zu äußern.

176 Wir treten für die Erweiterung der Pressefreiheit ein. Dazu gehört auch, daß die Stellung der Redakteurinnen und Redakteure gegenüber ihren Verlegern und Veranstaltern in Redaktionsstatuten geregelt wird.

Sport

Die SPD Sachsen-Anhalts mißt dem Sport eine große Bedeutung bei. Der Sport dient der Gemeinschaft und Kommunikation und fördert Integration und Lebensfreude. Er hilft, die Gesundheit zu stärken, die Leistungsfähigkeit zu steigern und trägt zur Erhöhung der Lebensqualität bei. Die Menschen sollen sich auch im Sport eigenverantwortlich und chancengleich entfalten können.

Sport als kommunale Pflichtaufgabe

177 Wir wollen die Unterstützung des Sports von einer freiwilligen Leistung zu einer Pflichtaufgabe mit Ermessensspielraum für die Kommune erheben. Unsere Landespolitik muß die Rahmenbedingungen für den Sport setzen und nach dem Subsidiaritätsprinzip dann fördern, wenn die eigenen Kräfte des Sports nicht ausreichen.

178 Unser Ziel ist es, auch im Sport die Bedingungen in Sachsen-Anhalt an diejenigen der alten Bundesländer anzugleichen. Dazu bedarf es zusätzlicher Fördermittel und einer länderübergreifenden Kooperation.

Sportförderung und Vereinsförderung

179 Sportförderung ist ein verfassungsrechtlich geschütztes Rechtsgut. Mit Leben erfüllt werden muß dieses Recht vor allem durch Sportvereine als wichtige Träger des Freizeitens. Die Vereine sollen für alle Bürgerinnen und Bürger offen sein, sich den Entwicklungen der sportlichen Bedürfnisse anpassen und der Integration besonderer Zielgruppen dienen.

180 Wir wollen, daß öffentliche Sportstätten für Vereine und Verbände des sachsen-anhaltinischen Sports günstig bereitgestellt werden und Maßnahmen der Arbeitsförderung und -beschaffung auch für den Sport zugänglich bleiben. Darüber hinaus sollte die ehrenamtliche Arbeit in Sportverbänden und -vereinen in stärkerem Maße gewürdigt werden und in der Gesellschaft mehr Anerkennung finden.

Schul- und Hochschulsport

181 Die Einstellung der Kinder und Jugendlichen zum Sport wird entscheidend in der Schule geprägt. Aus diesem Grund hat der Sport in der Schule als Sportunterricht und auch als außerunterrichtlicher Sport unsere Unterstützung. Die personelle und materielle Ausstattung des Schulsports ist auf angemessenem fachlichen Niveau zu sichern.

182 Auch an den Hochschulen muß ein ausreichendes Angebot an Sportmöglichkeiten vorhanden sein. Die dazu erforderlichen Einrichtungen und Vereine werden wir fördern. Sie sollen gleichzeitig als Brücke zwischen den Hochschulen und ihrem gesellschaftlichen Umfeld dienen.

Talentförderung und Spitzensport

183 Die SPD unterstützt einen Leistungssport, der die menschliche Würde nicht verletzt und die Selbstbestimmung der Sportlerinnen und Sportler garantiert. Wer aus eigenem Antrieb Leistungssport treiben möchte, sollte auch mit einer angemessenen Förderung rechnen können.

184 Um talentierten Jugendlichen in Sachsen-Anhalt auch in Zukunft die Möglichkeit zu geben, sich sportlich zu entwickeln, wollen wir die Aktivitäten der Sportverbände zur Talentsuche und -förderung in Zusammenarbeit von Schule, Hochschule und Verein unterstützen.

185 Wir setzen uns für die Weiterführung der Sport-Spezialschulen mit gymnasialer Oberstufe in Magdeburg und Halle ein. Weiterhin sollen sportliche Talente aus den strukturschwachen Regionen unseres Landes die Chance erhalten, eine dieser

Schulen zu besuchen. Darum müssen die Ganztagsinternate der Sportgymnasien erhalten bleiben.

Sportwissenschaft und Sportmedizin

186 Für den modernen Sport ist eine leistungsfähige Sportwissenschaft unerlässlich. Demnach sind in Lehre und Forschung einzelne Sportdisziplinen ebenso zu berücksichtigen wie pädagogische, sozial- und naturwissenschaftliche und medizinische Disziplinen. Wir unterstützen den Aufbau leistungsfähiger sportwissenschaftlicher Einrichtungen in Sachsen-Anhalt.

187 Eine erfolgreiche Prävention und Therapie von Sportverletzungen braucht ausreichend qualifizierte Sportmedizinerinnen und Sportmediziner. Wir werden nach Möglichkeiten suchen, eine entsprechende Ausbildung und Lehre an den Universitäten im Land Sachsen-Anhalt zu verankern.

Besondere Zielgruppen

188 Der Anspruch „Sport für alle“ erfordert für benachteiligte Gruppen der Gesellschaft ein Netzwerk von geeigneten Projekten und flächendeckenden Angeboten. Es soll nicht nur die Werte des Sports vermitteln, sondern auch die Vor-

aussetzung für ein vielfältiges soziales Beziehungsgefüge bilden. Das bezieht sich sowohl auf Personen, die besondere soziale Probleme haben, wie z.B. Arbeitslose, Ausländerinnen und Ausländer, Seniorinnen und Senioren, Gesundheitsgefährdete und Kranke, als auch auf Bürger, die am Rande der Gesellschaft stehen, wie sozial gefährdete Jugendliche, Straffällige oder Drogen- und Alkoholabhängige.

189

Um sportliche Betätigung zweckmäßig mit sozialen Aktivitäten verbinden zu können, ist eine institutionelle Zusammenarbeit zwischen Sport, Wohlfahrtspflege und Sozialarbeit unerlässlich. Diese Zusammenarbeit werden wir fördern.

Sportstätten und Sportförderungsgesetz

190

Eine notwendige Voraussetzung für die Entwicklung des Sports ist eine bedarfsgerechte Bereitstellung von Sportanlagen. Fehlende oder baufällige Sportanlagen erschweren den Aufbau eines demokratischen Vereins- und Verbandswesens. Wir fordern die Erarbeitung von Sportstätten-Entwicklungsplänen durch Land und Kommunen als Bestandteil der Landes- und Stadtentwicklungspläne. Die Belange des Umwelt- und Naturschutzes müssen dabei Berücksichtigung finden.

191

Der Sport ist in vielen Bereichen auf eine stabile finanzielle Basis, d.h. auf Zuschüsse des Landes, der Landkreise, der Kommunen und der Wirtschaft angewiesen. Die Rahmenbedingungen dafür wollen wir, sobald ausreichende Erfahrungen vorliegen, in einem Sportförderungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt festschreiben.

Innere Sicherheit

Der deutliche Zuwachs von Kriminalität hat die Bürgerinnen und Bürger in den neuen Bundesländern tiefgreifend verunsichert. Immer mehr Menschen fürchten, Opfer von Straftaten zu werden. Wir nehmen die Sorgen dieser Menschen ernst. Die Bekämpfung von Kriminalität, ihrer Ursachen und Strukturen ist uns ein besonderes Anliegen. Die beste Möglichkeit der Verbrechensbekämpfung ist zweifellos die Vermeidung von Straftaten durch vorbeugende Maßnahmen. Der Verbrechensprävention widmen wir daher höchste Aufmerksamkeit. Gerade in den neuen Bundesländern bestehen große Defizite in der kriminalpolizeilichen Beratung zur Abwehr von Straftaten und in der Verbraucherberatung zum Schutz vor unlauteren Machenschaften.

Innere und Soziale Sicherheit

192 Sicherheitspolitik bedeutet für uns mehr als nur Schutz vor Kriminalität. Innere Sicherheit ist nach unserer Überzeugung ohne soziale Sicherheit nicht zu erreichen. Unsere Politik zur Gewährleistung der Inneren Sicherheit beschränkt sich deshalb nicht nur auf die notwendige Stärkung von Polizei und Strafverfolgungsbehörden. Sie ist vielmehr Teil einer engagierten Sozialpolitik, die Mißständen wie Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Perspektivlosigkeit begegnet.

193 In erster Linie sind die Ursachen von Kriminalität und Gewalt in unserer Gesellschaft zu bekämpfen. Gewalt von Jugendlichen ist oft die Reaktion auf Gewalt in der Gesellschaft, der auch sie ausgesetzt sind. Eine kriminalitätsvermeidende Jugendpolitik muß deshalb an den Problemen ansetzen, die Jugendliche haben, statt sich nur mit den Problemen zu beschäftigen, die Jugendliche der Gesellschaft bereiten.

194 Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit ist nach unserer Überzeugung keineswegs nur eine Aufgabe des Staates. Auch die Bürgerinnen und Bürger können dazu einen entscheidenden Beitrag leisten, indem sie solidarisch für die Belange ihrer Mitbürger eintreten und der Gleichgültigkeit entgegenwirken. Wir werden Aktionen, Einrichtungen und Initiativen nach Kräften fördern, die mithelfen, ein öffentliches Klima gegen Gewalt zu schaffen. „Hinsehen statt wegsehen“ muß das Motto sein.

Strafverfolgung

195 Bürgerinnen und Bürger müssen sich darauf verlassen können, daß sie durch Polizei und Strafjustiz vor kriminellen Übergriffen geschützt werden. Der steigenden Kriminalität und Gewaltbereitschaft muß neben der Kriminalitätsvermeidung durch eine konsequente Strafverfolgung unter Anwendung bestehender

Gesetze Rechnung getragen werden. Dagegen lenkt die Diskussion um Gesetzesverschärfungen von den eigentlichen Problemen ab. Vielmehr ist potentiellen Straftätern die Handlungsfähigkeit und Entschlossenheit des demokratischen Rechtsstaats deutlich vor Augen zu führen. Auf ausländerfeindliche und andere Gewalttaten ist mit Nachdruck und zügig zu reagieren.

196 Gerade bei jugendlichen Straftätern wird sich das Unrechtsbewußtsein nur dann stärker ausprägen, wenn Straftaten unverzüglich geahndet werden und somit eine Signalwirkung entsteht. Außerdem wollen wir Alternativen aufbauen und finanzielle Mittel bereitstellen, die es jungen Menschen erlauben, sich aus dem Sog krimineller Gruppierungen zu lösen. Die Förderung von Möglichkeiten zur Arbeitsintegration und betreutem Wohnen und das Angebot von Freizeitaktivitäten sind sinnvoller als noch mehr Geld für Polizei und Justiz auszugeben.

197 Die personelle Situation der Strafjustiz und die Zusammenarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten werden wir weiter verbessern. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, daß Justiz und Polizei von Bagatelldelikten entlastet werden, damit sie sich besser den wirklich wichtigen Fällen zuwenden können. Soweit es im Ermessen des Landes liegt, werden wir damit unverzüglich beginnen und dabei auch auf ostdeutsche Erfahrungen zurückgreifen.

Polizei

198 Wir brauchen gut motivierte und selbstbewußte Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, die ihrer Verantwortung zu korrektem und zuverlässigem Handeln im Dienste der Bürgerinnen und Bürger gewachsen und den demokratischen Grundwerten verpflichtet sind. Dieses Ziel ist nur durch eine kompetente Aus- und Weiterbildung der Beamtinnen und Beamten zu erreichen, bei der neben der rein fachlichen Ausbildung insbesondere die rechtliche und psychologische Schulung intensiviert wird.

199 Wir wollen das Bewußtsein einer Sicherheitspartnerschaft zwischen Polizei und Bürgerinnen und Bürger wecken. Die Neugestaltung des Selbstverständnisses der Polizeibeamtinnen und -beamten gegenüber den Bürgern soll unterstützt werden. An die Stelle hierarchischer bürokratischer Strukturen müssen kooperative Führungssysteme treten, die der angestrebten Souveränität des,der einzelnen Beamten gerecht werden. Die steigenden Anforderungen an die Polizeibeamtinnen und -beamten machen eine gerechte Besoldung und realistische Aufstiegschancen notwendig, um die Motivation der Beamten und die Attraktivität des Berufsbildes zu erhöhen. Deshalb werden wir die „Zweigeteilte Laufbahn“ für unsere Polizei schrittweise einführen.

200 Wir wollen uns auf die Bekämp-

fung von Delikten konzentrieren, die in besonderem Ausmaß die Gesellschaft schädigen, und dazu spezielle Sonderkommissionen unter Einbeziehung von Staatsanwälten bilden. Um das notwendige Personal hierfür zu gewinnen, werden wir die Zahl der polizeilichen Führungsebenen reduzieren. Die dadurch freiwerdenden Planstellen können im polizeilichen Vollzugsdienst verwendet werden.

201

Unsere Polizistinnen und Polizisten müssen von der reinen Verwaltungstätigkeit entlastet werden. Es kann nicht angehen, daß sie Verwaltungstätigkeiten ausführen, während andernorts Lücken bei der Schutzpolizei und bei der Verfolgung von Schwerstkriminalität bestehen. Daher werden wir Angestellte im Innendienst einsetzen, damit Beamte „vor Ort“ präsent sein können. Durch diese organisatorischen Maßnahmen ist eine personelle Verstärkung der Polizei zu erreichen und damit auch dem Ruf nach privaten Sicherheitsdiensten entgegenzuwirken. Wir meinen, daß das Gewaltmonopol des demokratischen Rechtsstaats nicht an zivile Unternehmen verkauft werden darf, deren Tätigkeit nur schwer kontrollierbar ist.

202

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten lehnen eine Trennung zwischen der Schutzpolizei und der Kriminalpolizei ab. Der Bürger und die Bürgerin hat ein Recht auf eine geschlossen handelnde Polizei, die nicht durch eine künstliche, interne Trennung behindert und dadurch für den Bürger und die Bürgerin unüberschaubar wird. Darüber hinaus sollte

die Polizei ein Bestandteil der allgemeinen Verwaltung bleiben.

203

Eine bürgernahe Polizei werden wir durch Einrichtung weiterer dezentraler Polizeidienststellen erreichen. Wir benötigen besonders geschulte Kontaktbeamtinnen und Kontaktbeamte mit einem bürgerfreundlichen Auftreten in ortsnahen Dienststellen. Sie sollen sich mit der lokalen Kriminalität befassen, als Ansprechpartner für die Sorgen der Bevölkerung bereitstehen und Service und Beratungsleistung zur vorbeugenden Verbrechensbekämpfung unter dem Motto anbieten: „Immer für den Bürger und die Bürgerin da!“.

Justiz

Der demokratische Rechtsstaat ist noch immer die beste Möglichkeit, um Gerechtigkeit zu schaffen. Er lebt davon, daß die Bürgerinnen und Bürger ihn wollen und in Anspruch nehmen. Das setzt voraus, daß das Recht in seinen Inhalten, Formen und Wertungen verständlich und nachvollziehbar bleibt. Häufig herrscht Unklarheit und auch Unzufriedenheit darüber, was Recht ist und wie können Einzelne ihre Rechte wahrnehmen.

Rechtsberatung und Rechtsvereinfachung

204 Eine vordringliche Aufgabe sozialdemokratischer Rechtspolitik ist es, zur Aufklärung in rechtlichen Angelegenheiten beizutragen. Wir werden dafür Sorge tragen, daß Rechtsuchende schnell und unbürokratisch, möglichst in Beratungsstellen bei Behörden und Gerichten, Rechtsauskunft erhalten können. Die Möglichkeiten der gesetzlichen Rechtsberatungs- und Prozeßkostenhilfe werden wir bekannter machen. Am Geld darf die Inanspruchnahme des Rechtsstaates nicht scheitern.

205 Gerade angesichts der Herausforderungen und Schwierigkeiten in den neuen Ländern setzen wir uns dafür ein, das Rechtswesen einfacher und verständlicher zu gestalten. Wir wollen, daß durch die Gesetzgebung und bei der Rechtsanwendung die tatsächlichen Voraussetzun-

gen und Bedürfnisse der Menschen hierzulande hinreichend berücksichtigt werden. Die in den neuen Ländern durch den Einigungsprozeß entstandenen, vielfältigen Rechtsprobleme müssen unter Beachtung der Belange der ostdeutschen Bevölkerung im Interesse sozialer Gerechtigkeit und des Rechtsfriedens gelöst werden.

DDR-Unrecht

206 Erhebliches Unrecht aus DDR-Zeiten darf nicht ungesühnt bleiben. Es muß nach rechtsstaatlichen Grundsätzen geahndet werden. Unsere Bemühungen werden sich darauf richten, daß Bürgerinnen und Bürger, denen in der DDR durch Strafurteile, Verwaltungsentscheidungen oder im Berufsleben grobes Unrecht zugefügt wurde, rehabilitiert und Nachteile ausgeglichen werden. Wir sind uns aber auch bewußt, daß nicht alles Unrecht wiedergutmacht werden kann. Die 40jährige DDR-Geschichte läßt sich nicht allein mit juristischen Mitteln aufarbeiten.

Landesverfassung

207 Sachsen-Anhalt besitzt eine moderne, auf dem Fundament des Grundgesetzes aufbauende und vom demokratischen Emanzipationsprozeß seiner Menschen geprägte Verfassung. Durch sozialdemokratisches Engagement wurde das Land u. a. zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und auch dazu verpflichtet, Arbeit und angemessenen Wohnraum

für alle Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Wir werden die Verfassung mit Leben erfüllen, ihre Zielbestimmungen in die Tat umsetzen und staatliches Handeln an den in ihr verankerten sozialen Gestaltungsaufträgen ausrichten. Nach Inkrafttreten des Maastrichter Vertrages werden wir die Landesverfassung nach europäischen Maßstäben überprüfen und uns für die entsprechenden Änderungen einsetzen.

208 Zur Stärkung ihrer rechtlichen Position werden wir den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit eröffnen, bei Verletzung ihrer verfassungsmäßigen Rechte Verfassungsbeschwerde beim Landesverfassungsgericht einlegen zu können.

209 Weiterführende und fortschrittliche Elemente, wie sie in den Verfassungen der neuen Länder enthalten sind, sollten auch im Grundgesetz Eingang finden. Nur so kann eine gesamtdeutsche Verfassung entstehen, die sich den Herausforderungen im geeinten Deutschland und den globalen Veränderungen gewachsen zeigt.

Bürgernahe Justiz

210 Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht schnelle Entscheidungen bei für sie existentiellen Fragen. Um dies zu erreichen, werden wir die Funktionsfähigkeit der Justiz deutlich verbessern und die Voraussetzungen für zügigere Rechtsverfahren und -entscheidungen schaffen. Un-

ser Ziel ist die Gewährleistung eines wirksamen Rechtsschutzes auch bei einer zunehmenden Anzahl von Verfahren.

211 Entschieden wenden wir uns gegen die Tendenz, unter dem Vorwand von Personalknappheit und Verfahrensbeschleunigung einen Rechtsschutz zweiter Klasse zum Nachteil der Bürgerinnen und Bürger im Osten einzuführen. Den richtigen Weg zu einer wirksamen Entlastung der Justiz sehen wir darin, die verschiedenen Gerichtsbarkeiten weitgehend einheitlich zu organisieren und die Verfahrensabläufe rationeller zu gestalten.

212 Auf eine Verkürzung der Verfahrensdauer muß insbesondere in der Arbeitsgerichtsbarkeit hingewirkt werden. Gerade denjenigen Bürgerinnen und Bürgern, die von Kündigungen oder rechtswidrig niedrigen Löhnen und Gehältern betroffen sind, muß zu ihrem Recht auf rechtzeitige gerichtliche Überprüfung verholfen werden. Wir werden dafür eintreten, daß die Möglichkeiten des einstweiligen Rechtsschutzes im Kündigungsschutzverfahren ausgebaut werden. Der Überlastung der Arbeitsgerichtsbarkeit wollen wir durch eine Verbesserung der personellen Situation vorrangig in diesem Gerichtszweig entgegenwirken.

213 Zur Überwindung der Engpässe bei den Grundbuch- und Registerämtern werden wir in diesem Bereich auch Personen ohne einschlägige Berufserfahrungen

einstellen. Wir werden sie durch besondere Bildungsangebote zu Bereichsrechtspflegern ausbilden, die dann für die einzelnen Teilbereiche alsbald zur Verfügung stehen. Durch diese Maßnahme werden wir auch einen Beitrag zur Beseitigung von Investitionshemmnissen leisten.

214 Nicht alle Streitigkeiten bedürfen zu ihrer Beilegung der Einschaltung der Gerichte. Wir werden die Möglichkeiten vor- und außergerichtlicher Schlichtung verbessern. Aufbauend auf unseren Erfahrungen mit den Schiedskommissionen wollen wir den Schiedsstellen in den Gemeinden einen größeren Stellenwert einräumen.

Strafvollzug und Resozialisierung

215 Die Wiedereingliederung von Straffälligen in die Gesellschaft dient der Inneren Sicherheit. Die entscheidende Grundlage für eine erfolgreiche Resozialisierung ist ein humaner Strafvollzug. Wir wollen deshalb die soziale Betreuung der Gefangenen, sozialtherapeutische Maßnahmen und gezielte Entlassungsvorbereitungen verstärken sowie den Gefangenen neue Arbeits-, Wohn- und Lebensformen ermöglichen.

216 Bei Jugendlichen besteht eine besondere Chance und Notwendigkeit zur Wiedereingliederung in die Gesellschaft.

Deswegen werden wir bei freiheitsentziehenden Maßnahmen für Jugendliche auf ihre besonderen Belange achten und auf altersgerechte Betreuungsmaßnahmen sowie auf die Förderungen von Ausbildungsangeboten im Strafvollzug hinwirken.

217 Auch nach ihrer Entlassung wollen wir uns um diejenigen kümmern, die straffällig geworden sind. Dafür wollen wir neben hauptamtlichen ein flächendeckendes Netz von ehrenamtlicher Bewährungshilfe und Beratungsstellen für Haftentlassene aufbauen.

218 Die Städte und Gemeinden werden lebenswerte Gemeinden sein. Wir werden die Lebensqualität in den Gemeinden verbessern. Wir werden die Lebensqualität in den Gemeinden verbessern. Wir werden die Lebensqualität in den Gemeinden verbessern.

219 Auch diese Menschen sollen auf gleicher Ebene mitbestimmen können. Wir werden die Lebensqualität in den Gemeinden verbessern. Wir werden die Lebensqualität in den Gemeinden verbessern.

Kommunalpolitik und Öffentliche Verwaltung

Demokratie wächst von unten. Politische Mitbestimmung und Verantwortung muß in den Gemeinden und Städten beginnen. Die sozialdemokratische Kommunalpolitik zielt auf eine bürgernahe und bürgerfreundliche Verwaltung, mehr Chancengleichheit und mehr Lebensqualität. Sie setzt auf den mündigen Bürger, der sich aktiv am Leben in seiner Gemeinde beteiligt. Wo immer möglich, wollen wir im Sinne des Subsidiaritätsprinzips staatliche Aufgaben auf die Gemeinden, Städte und Landkreise verlagern. Wir sind dafür, daß der Aufbau im Osten dazu genutzt wird, das Verwaltungswesen zu modernisieren und von unnötigen bürokratischen Hemmnissen zu befreien.

Lebenswerte Gemeinden

218 Wir wollen eine familienfreundliche Gemeinde. Kindertagesstätten, Schulen, Horte und Freizeiteinrichtungen müssen möglichst nahe am Wohnort und in ausreichender Zahl und Qualität vorhanden sein. Die besten Lösungen hierfür wollen wir gemeinsam mit Eltern, Jugendlichen und Kindern finden.

219 Auch ältere Menschen sollen am Leben der Gemeinde teilnehmen können. Im Zusammenarbeit mit freien Trägern

wollen wir Begegnungsstätten erhalten und ausbauen und ehrenamtliches Engagement und gegenseitige Hilfe fördern.

220 Für uns gehört zu einer guten Stadtplanung und Dorfgestaltung die Bewahrung eines Wohnumfeldes, in dem man sich zuhause fühlt und in dem Parks und Spielplätze, Treffpunkte und Einkaufsmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

221 Das Angebot kommunaler Dienstleistungen muß für die Bürgerin und den Bürger effizient, preiswert und zukunftsorientiert gestaltet werden. Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Müllabfuhr müssen funktionieren und bezahlbar bleiben.

222 Wir werden eine vernünftige, ökologisch orientierte und sozial verträgliche Verkehrsplanung in den Kommunen fördern und dafür sorgen, daß ein funktionierender und bezahlbarer öffentlicher Personennahverkehr zur Verfügung steht. Um den Durchgangsverkehr aus den Städten herauszuhalten, werden wir uns für den zügigen Bau von Umgehungsstraßen einsetzen.

223 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten für Mietpreisbindung und bezahlbaren Wohnraum ein. Wir werden die Bürgerinnen und Bürger bei der Schaffung eigenen Wohnraums bzw. beim Bau eines Hauses durch das Land und die Kommunen unterstützen. Die Wohnungsqualität muß sich verbessern, insbesondere auch für alte und behinderte Menschen.

224 Durch eine gezielte und wirksame Förderung der örtlichen Wirtschaft einschließlich Dienstleistungen und Versorgungsstrukturen werden wir in den Kommunen für die Schaffung neuer Arbeitsplätze sorgen. Unser besonderes Augenmerk wird dabei auf dem Aufbau eines starken Mittelstands und produzierenden Gewerbes liegen. Um dies zu erreichen, fordern wir u.a. eine verstärkte Vergabe von Aufträgen der Kommunen an ortsansässige Firmen.

225 Wir setzen uns für eine Neuordnung der Förderpolitik des Bundes und des Landes für die Kommunen ein. Die knappen öffentlichen Gelder wollen wir so ausgeben, daß möglichst viele Bürgerinnen und Bürger Nutzen daraus ziehen. Eine sozialdemokratische Landesregierung wird den Städten und Gemeinden bei der Verwendung der Haushaltsmittel größtmögliche Entscheidungsbefugnisse einräumen. Da die Kommunen am besten wissen, wofür sie Geld ausgeben müssen, werden wir ihnen eine Investitionspauschale zur

Verfügung stellen, über deren genaueren Einsatz sie in eigener Verantwortung entscheiden können.

Kommunalverfassung

226 Die Eigenständigkeit der Gemeinden wird durch die Kommunalverfassung bestimmt, die in ihrer jetzigen Form nicht unsere Zustimmung findet. Wir wollen mehr Mitwirkungsrechte für die Gemeinderäte und ein durchschaubares Wahlsystem. Wir fordern eine Grundgesetzänderung, damit die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer möglich wird. Die Gemeindeordnung in Sachsen-Anhalt muß entsprechend geändert werden.

227 Die Städte und Gemeinden werden wir durch die Weiterentwicklung der Verwaltungsgemeinschaften zu effizienten kommunalen Verwaltungseinheiten stärken. Dazu gehört auch eine wirksame demokratische Kontrolle, mit der den Bürgerinnen und Bürgern tatsächlich Mitspracherechte und Gestaltungsmöglichkeiten eingeräumt werden.

Leistungsfähige und bürgernahe Verwaltung

228 Wir brauchen eine leistungsfähige und schlanke Verwaltung, die die viel-

fältigen Probleme nicht nur verwaltet, sondern zielstrebig löst. Dazu gehört innovatives, gestalterisches Denken, das nicht auf die eigenen engen Zuständigkeiten begrenzt ist. Wir fordern einen neuen Ansatz, der ressort- und gruppenegoistische Interessen überwindet und darauf zielt, Verwaltungstätigkeiten besser miteinander zu vernetzen.

229 Durch einfachere Verwaltungsstrukturen wollen wir weniger Bürokratie und mehr Durchschaubarkeit der öffentlichen Verwaltung erreichen. Die Verwaltungsorganisation muß gestrafft, der Verwaltungsaufwand verringert und der Ablauf von Verwaltungsvorgängen wirksamer gestaltet werden. Wir setzen uns dafür ein, daß sich die Verwaltung auf den Kernbestand staatlicher und kommunaler Aufgaben konzentriert und entbehrliche Verwaltungsaufgaben abgebaut werden.

230 Wir treten dafür ein, langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren zeitlich zu straffen und ihre Abwicklung zu konzentrieren. Allerdings wollen wir auch keine Vereinfachungen im Verwaltungswesen um jeden Preis. Versuche, unter dem Deckmantel der Rechts- und Verwaltungsvereinfachung rechtsstaatliche Grundsätze auszuhöhlen, werden wir nicht zulassen.

231 Verwaltungen dürfen sich nicht selbst und wechselseitig blockieren. Aus diesem Grund werden wir die Zuständig-

keiten für die Genehmigung von Vorhaben bündeln. Soweit andere Träger öffentlicher Belange zu beteiligen sind, müssen ihnen gesetzlich Fristen zur Äußerung gesetzt werden. Die von den Bürgerinnen und Bürgern oder anderen Antragstellern beizubringenden Unterlagen müssen sich auf jenes Maß beschränken, das für eine sachgerechte Entscheidung unumgänglich ist.

232 Wir werden das Modell eines modernen kommunalen Bürger-Servicezentrums entwickeln und erproben. Entsprechende Pilotprojekte in einzelnen Gemeinden werden wir vom Land aus unterstützen.

233 Wir sind dafür, das öffentliche Dienstrecht zu reformieren und das Berufsbeamtentum künftig auf jene Bereiche zu beschränken, wo hoheitliche Befugnisse wahrzunehmen und Ordnungsaufgaben des Staates zu erfüllen sind. Die Verwaltung ist kein Selbstzweck. Sie ist für die Bürgerin und den Bürger da und nicht umgekehrt. Wir wollen verhindern, daß Behördengänge für die Bürgerinnen und Bürger zu Bittstellergängen werden. Wo immer wir Verantwortung übernehmen, werden wir uns dafür einsetzen, daß Bürgeranliegen nicht blockiert werden. Sie sind vielmehr auf der Grundlage des geltenden Rechts schnell zu entscheiden. Dabei sind die Ermessensspielräume zugunsten der Bürgerinnen und Bürger aususchöpfen.

234 Wir sind für Chancengleichheit und wollen, daß künftig verstärkt Bürgerinnen und Bürger Sachsen-Anhalts die Möglichkeit erhalten, in Führungspositionen der Landesverwaltung und Justiz aufsteigen.

235 Wir werden dafür Sorge tragen, daß der Gebietsreform unverzüglich eine Funktionalreform folgt, mit der die notwendigen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung im Sinne größtmöglicher Wirksamkeit auf die verschiedenen Verwaltungsebenen verteilt werden. Verwaltungsaufgaben, die den Bürger unmittelbar betreffen, müssen möglichst ortsnah wahrgenommen werden. Wir werden deshalb staatliche Aufgaben soweit wie möglich auf die Ebene der Landkreise verlagern. Wo das gelingt, werden Regierungsbezirke als Mittelinstanz überflüssig.

240 Die Not-Promille Grenze im Straßenverkehr bleibt unter 0,5 Promille und erhöht sich nur in besonderen Ausnahmefällen auf 0,8 Promille. Die Not-Promille Grenze im Straßenverkehr bleibt unter 0,5 Promille und erhöht sich nur in besonderen Ausnahmefällen auf 0,8 Promille.

241 Die Not-Promille Grenze im Straßenverkehr bleibt unter 0,5 Promille und erhöht sich nur in besonderen Ausnahmefällen auf 0,8 Promille.

246 Regionalisierung

247 Die Not-Promille Grenze im Straßenverkehr bleibt unter 0,5 Promille und erhöht sich nur in besonderen Ausnahmefällen auf 0,8 Promille.

Verkehr

Auch in der Verkehrspolitik müssen ökonomische, ökologische und soziale Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Sie muß auf die regionalen Anforderungen und Voraussetzungen zugeschnitten sein. Dazu gehört ein integriertes Gesamtverkehrssystem, in dem Verkehrsmittel dort eingesetzt werden, wo sie ihre ökonomischen, ökologischen und technischen Vorteile haben und die Interessen und Verhaltensweisen der Menschen mit einbezogen werden.

Regionalisierung

236 Wir werden eine an den Bedürfnissen der Regionen orientierte Verkehrsplanung durchsetzen. Eine großräumige Anbindung der Regionen an die Fernverkehrswege muß mit dem Aufbau eines attraktiven Regionalverkehrsnetzes mit einem leistungsfähigen Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) verknüpft werden.

237 Wir werden auch die ökologischen Besonderheiten der Regionen beachten und größere regionalbezogene Schutz- und Erholungszonen ausweisen. Um den Flächenverbrauch zu minimieren, hat für uns die Sanierung bestehender Verkehrswege Vorrang vor dem Neubau von Verkehrswegen.

Schienerverkehr

238 Sowohl für den Personenverkehr als auch für den Gütertransport ist dem Eisenbahnverkehr Vorrang einzuräumen. Daher bildet der Auf- und Ausbau eines modernen und leistungsfähigen Schienenverkehrs den Schwerpunkt sozialdemokratischer Verkehrspolitik. Dafür ist zunächst die Beseitigung der Wettbewerbsverzerrung zwischen Straße und Schiene notwendig.

239 Wir werden die Einrichtung des Güterverkehrszentrums Magdeburg vorantreiben und uns für die Standorte weiterer Güterverkehrszentren in den Räumen Stendal, Dessau, Halberstadt und Sangerhausen einsetzen.

240 Im Personenfernverkehr sind die Voraussetzungen für den Einsatz moderner Hochgeschwindigkeitszüge zu schaffen. In das Intercity- und Interregionetz der Deutschen Bahnen müssen mehr Städte in Sachsen-Anhalt mit angemessenen Verkehrshalten einbezogen werden. Der Anschluß der Landeshauptstadt Magdeburg an das ICE-Streckennetz ist auf Dauer anzustreben.

241 Zur Verwirklichung länderübergreifender Konzepte muß in der Region Halle-Leipzig ein Verkehrsverbund eingerichtet werden und der Anschluß des Flug-

hafens Leipzig-Halle an das Schienennetz schnellstmöglich erfolgen.

Straßenverkehr

242 Wir unterstützen den Bau der Autobahn Halle-Magdeburg, der Südumgehung Halle-Leipzig und den Ausbau der A 2 und A 9. Anstelle weiterer Autobahn-Großprojekte wollen wir die Sanierung und den Ausbau bestehender Bundes- und Landstraßen bei gleichzeitigem Neubau von Umgehungsstraßen zur Entlastung der Ortskerne. Über das Landesstraßengesetz werden wir den Landkreisen ausreichende Mittel für Ausbau, Sanierung und Instandhaltung der von ihnen verwalteten Straßen zur Verfügung stellen.

243 Wir treten für ein Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen und 90 km/h auf Landstraßen ein. Die Stadtzentren sind in Abstimmung mit den Bürgerinnen und Bürgern weitgehend vom KfZ-Verkehr zu befreien. In Wohngebieten sollten mehr Tempo-30-Zonen eingerichtet werden.

244 Die Null-Promille-Grenze im Straßenverkehr bleibt unser Ziel. Das regelwidrige und rücksichtslose Verhalten im Verkehr muß bekämpft und die konsequente Überwachung und Ahndung von Regelverstößen gewährleistet werden. Zu diesem Zweck werden wir die Präsenz der Polizei

auch im Verkehrsgeschehen erheblich steigern.

245 Neben dem Ausbau von Radwegen an Bundes- und Landstraßen sowie im innerstädtischen Bereich werden wir die Anlage eines flächenerschließenden Radwegenetzes fördern.

Öffentlicher Personennahverkehr

246 Wir wollen die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen im Bereich der Mobilität. Dazu ist ein ÖPNV-Grundangebot für alle Bevölkerungsgruppen unverzichtbar, das die unterschiedlichen Anforderungen an den ÖPNV berücksichtigt. Der ÖPNV sollte eine Pflichtaufgabe der Gemeinden und Landkreise sein, mit einem ausreichenden Mitspracherecht bei allen Betreibermodellen.

247 Dem ÖPNV muß eine finanzielle und verkehrspolitische Vorrangstellung gegenüber dem motorisierten Individualverkehr eingeräumt werden. Das schließt eine Bezuschussung von Nahverkehrsunternehmen durch öffentliche Gelder ein. Nur so kann, insbesondere auch in weniger dicht besiedelten Regionen, eine flächendeckende Versorgung durch den ÖPNV sichergestellt werden. In den Ballungsräumen muß durch „Bike-and-Ride“- bzw. „Park-and-Ride“-Systeme der indivi-

duelle Verkehr mit dem ÖPNV besser verknüpft werden.

248 Die baulichen Anlagen und die Fahrzeuge sind alten- und behindertengerecht zu konzipieren und die Sicherheit von Frauen in der Fahrzeit- und Haltestellenplanung zu berücksichtigen, etwa durch Bus-und-Taxi-Systeme, günstige Spätverbindungen und gute Erreichbarkeit der Verkehrsmittel.

249 Um den ÖPNV in einer Region abzustimmen und benutzerfreundlich zu gestalten, wollen wir Verkehrsverbünde mit einem einheitlichen Liniennetz, Taktfahrplan, einheitlichem Tarifgefüge und Fahrschein fördern. Wir unterstützen alle Instrumente wie Umwelttickets, Familientickets, Wochenendtickets, Jobtickets oder Einkaufstickets, mit denen attraktive Umsteigeangebote gemacht werden. Das Land und die Kommunen sollten dabei mit ihren Bediensteten eine Vorbildfunktion übernehmen.

250 Unsere Forderungen zur Gestaltung und Förderung des ÖPNV werden wir auf der Grundlage eines ÖPNV-Gesetzes für Sachsen-Anhalt in konkrete Maßnahmen umsetzen.

Luftverkehr

251 Einen Verkehrsflughafen auf dem Territorium des Landes Sachsen-Anhalt halten wir aufgrund der Nähe zu den Flughäfen Leipzig-Halle, Berlin und Hannover für verzichtbar. Den Neubau von Regionalflughäfen lehnen wir ab. Wir sind der Überzeugung, daß deren Funktion für den Geschäfts- und Inlandsflugverkehr auch mit einem gut ausgebauten Schienenverkehrsnetz erfüllt werden kann, das an die nahegelegenen internationalen Verkehrsflughäfen angebunden ist.

252 Die Einrichtung von Verkehrslandeplätzen in Sachsen-Anhalt sollte generell auf die schon bestehenden und speziellen Landeplatzanlagen beschränkt werden.

Binnenschifffahrt

253 Die Binnenschifffahrt muß unter Beachtung des Umweltschutzes und der Pflege der natürlichen Struktur und Schönheit der Landschaft entwickelt werden. Der Erhalt der Auenlandschaften als natürlicher Hochwasserschutz sowie Lebensraum für eine vielfältige Flora und Fauna bedingt eine weitgehende Begrenzung des Elbe- und Saale-Ausbaus. Den Neubau von Staustufen in den Flüssen und den großangelegten Ausbau der Kanäle in Sachsen-Anhalt lehnen wir ab.

254

Wir unterstützen die Entwicklung von speziellen Niedrigwasserschiffen in den einheimischen Werften sowie die Modernisierung und den Ausbau von Umschlaganlagen in den Häfen des Landes. Dies schafft bessere Voraussetzungen für die Verlagerung des Transports von Containern und Massengütern auf die Wasserwege.

Finanzpolitik des Landes

Es darf keine hemmungslöse Verdrängung auf Kosten anderer Kinder finden. Der Anstieg der Ausgaben der Landesregierung auf die meistkritische Westküste ist begrenzt. Wir wollen auch durch unsere Finanzpolitik die Zukunft unseres Sachsen-Anhalts verbessern. Als dessen Grund werden wir Kredite und Liegenschaften an investive Zwecke binden.

Der unwirtschaftliche Anstieg der Infrastrukturinvestitionen, die Investitionsbindung in eine möglichst weitgehend inflexible während der Investitionsphase usw. wird zentralistisch. Hier bleiben die Finanzen des Landes. Wir werden deshalb konkrete Anträge beschwerflich definieren, damit die Finanzpolitik betrachtet wird. Um die Ver-

Finanzen

Der Aufbau Ostdeutschlands muß Vorrang haben gegenüber einem weiteren Ausbau Westdeutschlands. Sachsen-Anhalt bleibt in den kommenden Jahren auf die Finanztransfers des Bundes und der alten Bundesländer angewiesen. Dennoch braucht das Land wirtschafts- und finanzpolitische Gestaltungsspielräume. Dazu bedarf es eines entsprechend langfristigen und soliden Finanzierungsprogramms, das auf die Mobilisierung der Gelder im Land sowie eine Stärkung der Eigeninitiative setzt.

Finanzpolitik des Landes

255 Es darf keine hemmungslose Verschuldung auf Kosten unserer Kinder geben. Der Anstieg der Ausgaben des Landes muß auf die mittelfristige Wachstumsrate begrenzt werden. Wir wollen auch durch unsere Finanzpolitik die Zukunftschancen Sachsen-Anhalts verbessern. Aus diesem Grund werden wir Kredite und Bürgschaften an investive Zwecke binden.

256 Der unabweisbare Ausgabenbedarf in Infrastrukturinvestitionen, Altlastensanierung, Schulneubau und Hochschulmodernisierung, in eine möglichst weitgehend investiv wirkende Arbeitsmarktpolitik usw. wird zukünftig wesentlich höher bleiben als die Finanzkraft des Landes. Wir werden deshalb konkrete Ausgabenschwerpunkte definieren, damit die Finanzpolitik berechenbar wird. Um die Ver-

schuldung des Landes zu begrenzen, werden wir für den Landeshaushalt eine Quote für Zinsen und Tilgungen festlegen, die nicht überschritten werden darf.

257 Die politischen Gestaltungsräume sind finanziell gesehen sehr eng, eine Verschuldung wie bisher ist nicht möglich. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen die Verschuldung begrenzen und zugleich die Investitionen stärken. Darüber hinaus werden wir die Ausgabenkontrolle der einzelnen Ressorts verstärken und verhindern, daß durch das sogenannte „Dezemberfieber“ zum Ende eines Haushaltsjahres öffentliche Gelder verschwendet werden.

258 Den Gemeinden und Landkreisen Sachsen-Anhalts droht spätestens ab 1995 der finanzielle Kollaps. Finanzielle Unselbständigkeit einer Gemeinde bedeutet eine Einschränkung der Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen die Einnahmen der Kommunen stärken, eine Fortführung der Investitionspauschale und eine Erhöhung der Zuweisungen des Landes an die Kommunen.

259 Die Bürgerinnen und Bürger müssen sehen, wofür sie immer mehr Steuern und Abgaben zahlen. Deshalb wollen wir die Anlage privater Gelder in Projekte des Landes fördern. Hohe Sparguthaben sollen für die Entwicklung des Landes mobilisiert werden. Durch Zinszuschuß- sowie

Landesprogramme zur Förderung von Anlagen in Projekte und Unternehmen unseres Landes werden wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Zusammenarbeit mit den Sparkassen die Investitionskraft stärken.

Unterstützung aus dem Bundeshaushalt

260 Wir fordern, daß mehr Mittel aus dem Bundeshaushalt den Ländern pauschal zugewiesen werden und nicht aufgeteilt in eine unüberschaubare Anzahl von möglichen Ergänzungszuweisungen und Projektförderungen. Durch pauschale Zuwendungen könnten die Länder einen größeren Gestaltungsspielraum bei der Ausgabe von Mitteln erlangen.

261 Zu einer sozial gerechten Finanzierung der Deutschen Einheit gehört auch die Erhebung einer 1,5 prozentigen Arbeitsmarktabgabe für Besserverdienende, Selbständige und Beamte, die allein zu Mehreinnahmen von rund 10 Milliarden DM führen würde.

262 Wir unterstützen die Einrichtung öffentlicher Fonds für gezielte Projekte. So muß z.B. ein Altlastensanierungsfonds eingerichtet werden, an dem auch die umweltbelastende Industrie finanziell beteiligt wird. Der Fonds zur Altlastensanierung soll u.a. aus dem Aufkommen einer Lizenzabgabe finanziert werden, die

auf die Erlaubnis zur Ablagerung bzw. zur Behandlung von Sonderabfällen erhoben wird.

263 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen eine stärkere Berücksichtigung ökologischer Belange durch eine Änderung und Ergänzung des bundesdeutschen Steuersystems, wobei erhöhte Einnahmen, z.B. aus einer Energiesteuer, größtenteils arbeitsmarkt- und strukturpolitischen Maßnahmen zugute kommen sollten.

auf die Erhaltung der Arbeitsplätze zu achten. Die SPD fordert die Bundesregierung auf, die Erhaltung der Arbeitsplätze zu...

Wahlen

Die SPD fordert die Bundesregierung auf, die Erhaltung der Arbeitsplätze zu... Die SPD fordert die Bundesregierung auf, die Erhaltung der Arbeitsplätze zu...

Finanzpolitik des Landes

Die SPD fordert die Bundesregierung auf, die Erhaltung der Arbeitsplätze zu... Die SPD fordert die Bundesregierung auf, die Erhaltung der Arbeitsplätze zu...

Die SPD fordert die Bundesregierung auf, die Erhaltung der Arbeitsplätze zu... Die SPD fordert die Bundesregierung auf, die Erhaltung der Arbeitsplätze zu...

Die SPD fordert die Bundesregierung auf, die Erhaltung der Arbeitsplätze zu... Die SPD fordert die Bundesregierung auf, die Erhaltung der Arbeitsplätze zu...

Unterstützung

Die SPD fordert die Bundesregierung auf, die Erhaltung der Arbeitsplätze zu... Die SPD fordert die Bundesregierung auf, die Erhaltung der Arbeitsplätze zu...

Die SPD fordert die Bundesregierung auf, die Erhaltung der Arbeitsplätze zu... Die SPD fordert die Bundesregierung auf, die Erhaltung der Arbeitsplätze zu...

Die SPD fordert die Bundesregierung auf, die Erhaltung der Arbeitsplätze zu... Die SPD fordert die Bundesregierung auf, die Erhaltung der Arbeitsplätze zu...

Eine neue Politik für Sachsen-Anhalt

- **Bürgernah**
- **Konkret**
- **Zukunftsweisend**

Sachsen-Anhalt braucht einen neuen Anfang. Sachsen-Anhalt braucht eine neue Politik. Aus dieser Tatsache kann man nur einen Schluß ziehen: Das Land Sachsen-Anhalt braucht die Sozialdemokraten, die Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung. Mit diesem Parteitag wollen wir einen weiteren großen Schritt in diese Richtung tun.

Zu vieles ist in den letzten drei Jahren schiefgelaufen, weil die konservative Regierung nicht konsequent die Interessen der Menschen in Sachsen-Anhalt vertreten hat.

Die CDU hat versucht, mit falschen Versprechen die Menschen zu täuschen. Jetzt macht sich Enttäuschung breit.

Diese verheerende Bonner Politik hat die Magdeburger CDU/FDP-Koalition rücksichtslos auf das Land Sachsen-Anhalt übertragen. ...

Wir brauchen eine neue Politik, und die gibt es nur unter sozialdemokratischer Führung. Das müssen wir Sozialdemokraten auch den Bürgern von

Sachsen-Anhalt deutlicher machen, die vielleicht die Konsequenzen nicht übersehen, wenn sie erklären, sie würden bei den nächsten Wahlen die PDS wählen. Jede Stimme für die PDS, schwächt unsere Partei und erhöht die Gefahr, daß die CDU weiter an der Regierung beteiligt ist. Das muß verhindert werden, denn wir brauchen wirklich eine neue Politik. Und die werden wir nur durchsetzen, wenn die CDU auf der Oppositionsbank Platz genommen hat. Es wird eine Politik sein, bei der wir Sozialdemokraten uns in allen unseren politischen Entscheidungen leiten lassen werden von der Grundfrage: Was ist gut für die Menschen, die in diesem Land leben und eine sichere Zukunftsperspektive haben wollen? Die richtige Antwort darauf zu finden, ist eine große und schwierige Aufgabe, die sich nicht am grünen Tisch und in Beamtenstuben lösen läßt. Sicherheit können die Menschen nur gewinnen, wenn sie angehört werden und über ihr eigenes Schicksal und unsere gemeinsame Zukunft auch mitbestimmen dürfen.

Ich bin fest davon überzeugt, daß alles gut für die Menschen ist, was Zukunftssicherheit schafft. Darum muß Schluß sein mit den kurzsichtigen und kurzfristigen Entscheidungen auf dem Arbeitsmarkt.

Solange die Angst um Arbeit und Ausbildungsplätze, um eine bezahlbare Wohnung, um eine zunehmende Umweltzerstörung oder die Angst vor Gewalt und Kriminalität das Leben der Menschen bestimmt, läßt sich die Grundsicherheit, die für ein glückliches Leben nötig ist, nicht gewinnen. Das aber bleibt die grundlegende Aufgabe unserer Politik, Bedingungen zu schaffen, unter denen Menschen glücklich und zufrieden leben können.

Wir brauchen einen neuen Anfang auch im Vertrauen zwischen Bürgern und Politikern.

Darum ist das Gespräch mit den Bürgern eine der wichtigsten Aufgaben eines Sozialdemokraten. Das gilt keineswegs nur im bevorstehenden Wahlkampf. Wir wollen mehr Bürgerbeteiligung und konkretere Mitspracherechte durchsetzen. Wir wollen damit im Sinne von Willy Brandt auch mehr Demokratie wagen. Demokratie wächst von unten. Diesem Anliegen haben wir in unserem Programm in vielfältiger Weise Rechnung getragen.

Wir wollen das Mitdenken und die Mitverantwortung der Bürger auf allen Ebenen, in Vereinen und gemeinnützigen Vereinigungen, in den Kommunen und auch im Land. Nur wo das heraus-

gelockt und angenommen wird, wird sich auch die Unkultur des ständigen Meckerns, die wir noch aus DDR-Zeiten mitgebracht haben, überwinden lassen. Wir wollen das Mitdenken und die Mitverantwortung der Bürger. Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, die Probleme, die wir zu lösen haben, sind so groß, daß wir es uns gar nicht leisten können, gute Ideen einfach vom Tisch zu wischen, nur weil sie vielleicht nicht aus den eigenen Reihen kommen.

Was eine neue Politik im Interesse der Menschen in Sachsen-Anhalt für uns Sozialdemokraten im einzelnen bedeutet, haben wir in unserem Sachsen-Anhalt-Programm zusammengefaßt, das dem Parteitag als Leitantrag vorliegt.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß wir als erstes eine neue Wirtschaftspolitik brauchen.

Eine neue Wirtschaftspolitik, die endlich Schluß macht mit dem Plattmachen und Zerschlagen traditionell gewachsener und durchaus lebensfähiger Unternehmen.

Es ist eine Zwecklüge der CDU/FDP-Koalition, immer wieder zu behaupten, die wirtschaftliche Misere, in der wir stecken, wäre das Ergebnis von 40 Jahren SED-Mißwirtschaft. Nein, diese Misere ist auch das Ergebnis verfehlter oder nicht vorhandener Industriepolitik der jetzigen Regierung. Und der Fehler besteht keineswegs nur darin, daß man gnadenlos die Probleme

des Übergangs frühkapitalistischen Marktmechanismen ausliefert.

Eine verfehlte Treuhandpolitik hat immer wieder dazu geführt, daß bei Überkapazitäten ostdeutsche Betriebe zur Sicherung der Märkte westdeutscher Unternehmen geopfert worden sind. Bischofferode ist da nur ein populäres Beispiel, für das wir in Sachsen-Anhalt eine Fülle weiterer Beispiele nennen könnten. Die falsche Regelung der Eigentumsfragen, die den wirtschaftlichen Aufschwung erheblich gebremst hat und keineswegs zu mehr Gerechtigkeit führt, die vielmehr ein riesiger Kapitalabfluß von Ost nach West ist, hat ihr übriges getan. Auf vielen Gebieten wird das Kind bereits in den Brunnen gefallen sein, wenn wir 1994 die Regierungsverantwortung übernehmen. Die verfehlte Maxime der Treuhand, die Privatisierung in Form eines Verkaufs an ein westliches Unternehmen an die erste Stelle zu setzen, hat sinnlos viel Geld gekostet und vielen Treuhandbetrieben schweren Schaden zugefügt.

Wir haben als Oppositionspartei versucht, die Betriebe zu unterstützen, wo wir nur konnten. Wir haben, oft in Zusammenarbeit mit Betriebsräten und Gewerkschaften, Alternativkonzepte vorgelegt. An den tatsächlichen Entscheidungen waren wir nicht beteiligt.

Wir bleiben aber bei unserer Forderung nach dem Erhalt der industriellen Kerne, das heißt einer Sicherung ostdeutscher Wirtschaftsstandorte mit Tra-

dition, hochqualifiziertem Personal und ausgebauter Infrastruktur. Konkret heißt das zum Beispiel: Das SKET muß erhalten bleiben! Das SKET darf nicht, wie es die Treuhand beabsichtigt, auseinandergenommen und in seine Einzelteile zerlegt, privatisiert werden.

Wir wollen, daß das SKET ganzheitlich saniert und wettbewerbsfähig gemacht wird, damit Magdeburg und die Region ein starkes industrielles Standbein im Maschinenbau behält. Ich habe es satt, die leeren Versprechungen des Wirtschaftsministers zu hören und dann mit ansehen zu müssen, wie er Mittelstandsförderung betreibt, indem er Großbetriebe zerschlagen läßt und auf mittelständisches Niveau herunterfährt. Das gilt auch für die Chemie im Süden, für die wieder alles offen zu sein scheint, nachdem sich die politische Situation in Italien und Frankreich grundlegend verändert hat. Für uns Sozialdemokraten ist klar: Der Chemiestandort in Buna und Leuna muß erhalten bleiben! ...

Wir brauchen eine neue Politik auch im Bereich der klassischen Wirtschaftsförderung.

Unser Programm enthält dazu viele konkrete Vorstellungen. Wir brauchen zum Beispiel eine Industriepolitik, die konsequent den Absatz sachsen-anhaltinischer Produkte fördert und dabei auf die Zahl und die Art der geschaffenen Arbeitsplätze achtet. Die Neuentwicklung marktfähiger Produkte bedarf staatlicher Förderung, damit

wir nicht nur verlängerte Werkbänke haben. Deutschland hat es ja insgesamt versäumt, auf neue Produkte und Produktionsverfahren zu setzen. Und angesichts der Tatsache, daß das industrielle Forschungspotential in den neuen Ländern radikal zerschlagen wurde, wirken die Phrasen von der modernsten Wirtschaft Europas, die angeblich in Sachsen-Anhalt entstehen soll, nur noch wie blanker Hohn. Hier werden wir erhebliche konservative Unterlassungssünden zu korrigieren haben. Deswegen werden wir einen Schwerpunkt unserer Wirtschaftsförderung auf die Produkt- und Verfahrensinnovation legen. Das gilt nun insbesondere im Bereich der Umweltschutztechnologien und bei allen Entwicklungen, die mit dem ökologischen Umbau der Industriegesellschaft zu tun haben.

Wir begreifen den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft als Chance. Für uns sind Ökologie und Ökonomie keine Gegensätze.

Umweltschutz sichert langfristig Lebensqualität und schafft heute Arbeitsplätze. Das bedeutet aber auch, daß wir Pläne der Landesregierung nicht zulassen dürfen, die Investitionen dadurch beschleunigen will, daß sie das Denkmalschutz-, das Naturschutz- und das Wassergesetz quasi außer Kraft setzt.

Wer heute den Aufschwung dadurch ankurbeln möchte, daß er die Umwelt

ignoriert und belastet, wird morgen für seine Umweltsünden teuer bezahlen müssen. Viel wichtiger ist, daß die Entscheidungsprozesse in den Bürostuben beschleunigt werden. Über den Bau der A 14 beispielsweise war man sich schon zu Beginn der Legislaturperiode einig. Dreimal ist der symbolische erste Spatenstich gemacht worden. Wirklich gebaut wird immer noch nicht.

Im Blick auf alle unsere Vorhaben höre ich schon jetzt den Einwurf: Wer soll das bezahlen? Der gängigste Spruch der Liberalen und Konservativen lautet: Nur was erwirtschaftet wurde, kann auch verteilt werden.

Diese Aussage klingt auf den ersten Blick plausibel. Schlimm ist nur, daß diese Regel immer dann eingesetzt wird, wenn es um die Abwehr sozialer Leistungen in der Gesellschaft geht. Dem setzen wir Sozialdemokraten entgegen: Politik bedeutet vor allem, das Erwirtschaftete so zu verteilen, daß der größtmögliche gesamtgesellschaftliche Gewinn und Nutzen erzielt werden kann.

Am Beispiel der Investitionsförderung in Sachsen-Anhalt läßt sich gut illustrieren, was ich meine. Die Landesregierung klopft sich selbst auf die Schulter und rühmt sich, die größte Summe an Investitionen ins Land geholt zu haben. Entsprechend groß ist natürlich die Summe von Investitionszuschüssen aus dem Landeshaushalt. Gleichzeitig haben wir die größte Arbeitslosenquote in Deutschland. Mit vernünftiger Wirtschaftsförderung hat

das nichts mehr zu tun. Die vielgerühmte Wirtschaftskompetenz der CDU/FDP-Koalition steht vor der Pleite. Übrig bleibt eine Wirtschaftspolitik, die mit Milliardensummen kapitalstarke westdeutsche und europäische Großunternehmen subventioniert und durch immense Verpflichtungsermächtigungen den Landeshaushalt auf Jahre hinaus schwer belastet. Dabei ist heute noch gar nicht absehbar, welche finanziellen Mitnahmeeffekte hier entstehen und ob wirklich sichere Dauerarbeitsplätze geschaffen werden.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Es geht uns nicht darum, die großen Investoren zu vertreiben. Es geht um eine annehmbare Mischung zwischen der Förderung großer Produktionsstätten und der Förderung des mittelständischen Gewerbes. Es wäre doch zumindest auch mal überlegenswert, ob eine Investitionszulage stets in pauschaler Höhe gewährt oder nicht besser von den Randbedingungen und Verhandlung im Einzelfall abhängig gemacht werden sollte. So hätte man die Chance, die vorhandenen Gelder an mehr Unternehmen als bisher zu verteilen und damit auch mehr Arbeitsplätze zu sichern.

Mehr Arbeitsplätze wiederum würden die Steuereinnahmen des Landes erhöhen und mehr Spielraum für soziale Leistungen schaffen.

Die Leitfrage unserer Wirtschaftspolitik

wird sein: Wie können wir möglichst viele zukunftssichere Arbeitsplätze in Sachsen-Anhalt schaffen und dabei auch wirtschaftlich schwachen Regionen ihre Lebensfähigkeit erhalten? Dabei spielt die Regionalplanung eine wichtige Rolle. Wir werden in unserem Programm zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Sachsen-Anhalt darauf achten, daß die Entwicklungskräfte in den einzelnen Regionen mobilisiert und gestärkt werden. ...

Die Sozialdemokraten in Sachsen-Anhalt wollen eine Arbeitsmarktoffensive starten, die neue Wege geht.

Wir müssen neben einer soliden Wirtschaftspolitik konsequent das Programm umsetzen, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Wir wissen, daß dieser Weg nur zusammen mit der Bundesregierung gegangen werden kann, weil es ohne Bundesmittel der Arbeitsförderung nicht geht. Darum hoffen wir ja auch auf einen Wechsel in Bonn.

Wir können und werden nicht dulden, daß über die Hälfte der Erwerbstätigen Angst um ihren Arbeitsplatz hat.

Die ständige Sorge um den Arbeitsplatz ist nicht länger zu ertragen. Die Beruhigungsspillen sind wirkungslos geworden. Schließlich geht es nicht nur um Geld und Einkommen, es geht um Lebensqualität, es geht um die Würde des Menschen, der arbeiten will und

zum Nichtstun verurteilt wird. Diese Würde darf nicht länger mit Füßen getreten werden.

Darum werden wir die ABS-Gesellschaften und ähnliche Beschäftigungsgesellschaften zu nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten arbeitenden Betrieben fortentwickeln. Diese Betriebe sollen vorrangig für die Rekultivierung der Landschaft, die Beseitigung von Altlasten, die Verbesserung unserer Umwelt und im sozialen und Jugendbereich eingesetzt werden. Dazu werden wir neue Modelle entwickeln und erproben. Wir brauchen sie auch, um die großen Gestaltungsaufgaben im ökologischen und sozialen Bereich zu lösen, die sonst auf Jahre hinaus nicht bezahlbar wären. Klar ist dabei, daß wir uns denen besonders zuwenden werden, die extrem hart von der Arbeitslosigkeit betroffen sind. Ich denke zum Beispiel an die Jugendlichen. Was nützen uns umfangreiche Programme zur Bekämpfung von Radikalismus und Gewalt, wenn diese Regierung nicht einmal in der Lage ist, den jungen Menschen Ausbildungsplätze und Arbeit anzubieten. Wir brauchen die jungen Menschen, und wir brauchen sie hier im Lande. Das müssen wir ihnen auch deutlich zeigen. Darum wollen wir eine Ausbildungs- und Beschäftigungsgarantie mindestens bis zum 21. Lebensjahr. Es war ein schwerer Fehler, in dieser kritischen Zeit die Möglichkeit für eine überbetriebliche Ausbildung zu streichen. Es ist ein untragbarer Zustand,

daß tausende von Jugendlichen nach der Schule keinen Ausbildungsplatz bekommen. Der Verweis auf freie Ausbildungsplätze im Westen ist makaber und ein Abwanderungsprogramm für junge, leistungsfähige Leute. Wir wollen doch nicht, daß der Osten Deutschlands das Altenheim der Nation wird.

Neue Ideen braucht das Land, und wir werden sie entwickeln.

Eins ist sicher, die ABM dürfen nicht zurückgefahren werden. Die Finanzierungsprobleme, die es zweifellos gibt, müssen durch eine Arbeitsmarktgage aufgefangen werden, die von allen aufgebracht wird, einschließlich der Beamten und Abgeordneten. Es ist überhaupt nicht einzusehen, daß nur diejenigen, die in die Arbeitslosenversicherung einzahlen müssen, für die kritische Situation auf dem Arbeitsmarkt aufkommen sollen. Es geht um die gerechte Verteilung von Arbeit und um die gerechte Verteilung der daraus erwachsenden Lasten, und von Gerechtigkeit verstehen wir Sozialdemokraten allemal mehr. Ich weiß, auch wir können nicht jedem einen Arbeitsplatz anbieten, aber unser Programm enthält Ideen und Ansätze für eine neue Arbeitsmarktpolitik, die wir weiter ausbauen und mit konkreten Modellen untersetzen werden.

Gerade weil in den letzten 3 Jahren für die Menschen im Osten Deutschlands praktisch alles anders geworden ist, gilt die Regel:

Alles, was Zukunftssicherheit schafft, ist gut, alles was neue Verunsicherungen heraufbeschwört, muß energisch bekämpft werden.

Darum ist die Angst um eine Wohnung, verbunden mit der bangen Frage, ob man sie auch in Zukunft noch bezahlen kann, für uns untragbar. Hier geht es um den Lebensraum von Menschen, um die Erfüllung eines verfassungsrechtlich abgesicherten Staatsziels. Wir haben doch nicht darum gekämpft, daß das Recht auf einen angemessenen und bezahlbaren Wohnraum als Staatsziel in der Verfassung steht, um jetzt zuzusehen, wie die Angst um eine solche Wohnung um sich greift.

Darum brauchen wir einen konsequenten Mieterschutz.

Wir brauchen keine Luxusmodernisierungen und werden diese auch nicht fördern. Wir brauchen vielmehr eine solide Modernisierung, insbesondere der Großsiedlungen in Plattenbauweise. Das ist auch nötig, um die Betriebskosten zu senken und bezahlbare Wohnungen zu erhalten.

Wir setzen uns dafür ein, den Altbaubestand möglichst unter Mithilfe der Mieter zu sanieren. Das muß gefördert werden. Die Förderung des Wohnungsneubaus, von Eigentumswohnungen und Eigenheimen ist wichtiger, als Geld auszugeben für die Privatisierung von Wohnungen, die viel-

leicht besser als Sozialwohnungen geeignet sind. Die Wohnungsbauförderprogramme dürfen nicht nur denjenigen nützen, die ausreichend Eigenkapital haben. Dann bleiben die hier aufgewachsenen Menschen wieder einmal auf der Strecke. ...

Die Gründung von kleinen Genossenschaften, in denen die Mieter selbst über ihre Wohnungen bestimmen können, muß als eine Form der Privatisierung anerkannt werden.

Darüber reden wir nicht nur, sozialdemokratische Bürgermeister probieren das in ihren Kommunen auch aus.

Eine vernünftige Wohnungspolitik hat auch etwas mit Stadterneuerung zu tun. Darum wollen wir eine ausgewogene Mischung von Wohnen, Kultur, Büronutzung, Handel und Gastronomie in den Innenstädten. Der katastrophalen Entwicklung, in Form der Ansiedlung von Verkaufsflächen und Großmärkten auf der grünen Wiese außerhalb der Städte, muß Einhalt geboten werden. Wir brauchen solche Investoren in der Mitverantwortung für die Sanierung unserer Innenstädte. Uns muß es gelingen, dafür solch privates Kapital zu mobilisieren.

Eine vernünftige Wohnungspolitik läßt sich nur durch eine gute Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen realisieren. Dafür werden wir sorgen. Statt Bürokratie brauchen wir Beratung. Statt eines Bürokraten, der nur

sagt, wie und warum es nicht geht, brauchen wir phantasievolle Menschen, die herausfinden wie es trotzdem geht. Das gilt übrigens nicht nur in der Wohnungspolitik. Und weil es um phantasievolle Neuansätze geht, braucht dieses Land Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung.

Die eindeutigsten Verlierer der Deutschen Einheit sind bis zum heutigen Tage die Frauen geblieben. Mit dieser diskriminierenden Situation dürfen wir uns nicht abfinden.

Es kann nicht angehen, daß Errungenschaften, für die auch wir uns jahrzehntelang eingesetzt haben, durch die Hintertür, das heißt durch eine erzkonservative Arbeitsmarkt-, Sozial- und Familienpolitik, wieder abgeschafft werden. Wir wollen keine Gesellschaft von arbeitenden Männern auf der einen und an den Herd zurückverbannten Frauen auf der anderen Seite. Es ist geradezu empörend, daß der liberale Wirtschaftsminister diese Entwicklung auch noch finanziell fördern wollte durch die Zahlung eines sogenannten Familienübergangsgeldes, eine Kopfprämie für Frauen, die sich verpflichten, aus dem Arbeitsprozeß auszuscheiden. So etwas wird es mit Sozialdemokraten nicht geben.

Im Gegenteil, wir werden alles erdenkliche tun, zum Beispiel durch arbeitsmarktpolitische Vorgaben und entsprechend gestaltete Förderrichtlinien, damit Frauen wieder in den

Arbeitsprozeß integriert werden können. Wir sollten uns auch nicht scheuen, deutlich zu sagen, daß wir bei der Gleichstellung von Mann und Frau im Berufsleben zu DDR-Zeiten Erfahrungen gesammelt haben, die wir uns auch durch die Wiedervereinigung nicht kaputtmachen lassen.

Man schützt übrigens auch ungeborenes Leben nicht dadurch, daß man den Schwangerschaftsabbruch erschwert. Damit diskriminiert man wiederum nur die Frauen. Ungeborenes Leben schützt man nur wirksam durch eine wirklich kinderfreundliche Gesellschaft. Dafür müssen und werden wir viel tun. Mit dem drastischen Rückgang der Geburtenzahlen, der ein Warnsignal für die Stimmung in unserem Land ist, dürfen wir uns nicht abfinden.

Zu einer kinder- und jugendfreundlichen Gesellschaft gehört auch eine ausgewogene und moderne Bildungslandschaft.

Was da in den letzten drei Jahren durch rücksichtsloses Durchsetzen konservativer Bildungsvorstellungen kaputtgemacht worden ist, macht mich gleichermaßen traurig und zornig. Statt der ausufernden Bürokratie und wuchernden Kontrolle, brauchen wir mehr Mitbestimmung und Demokratie in der Schule. Der Kultusminister hält die Lehrer in Atem durch zahllose Verordnungen, statt dessen brauchen wir Freiräume zum Ausprobieren und kräftige Ermutigung. Wir wollen eine viel-

fältige Schullandschaft, statt einer erzwungenen Trennung bereits nach der vierten Klasse. Wir wollen vielfältige Übergänge zwischen den verschiedenen Schulformen und eine qualifizierte berufliche Bildung für alle. Wir wollen eine Freizeitbeschäftigung für Kinder und Jugendliche, die sie nicht nur beaufsichtigt und aufbewahrt, sondern den Heranwachsenden bei der Entfaltung ihrer Persönlichkeit hilft. An dieser Stelle gehören für uns Bildung, Jugendarbeit und Kultur zusammen.

Auf diesem Gebiet entscheidet sich auch vielmehr im Blick auf Radikalismus, Gewalt und Jugendkriminalität, als sich später mit Mitteln der Polizei und Justiz bekämpfen läßt.

Ich warne davor, daß wir uns von der CDU eine völlig falsche Debatte über innere Sicherheit aufzwingen lassen. Da wird so locker und leicht über den großen Lauschangriff gesprochen, daß man befürchten muß, diese Bundesregierung hat sich vom Staatssicherheitsdienst beraten lassen. Ich jedenfalls will keine Wanze mehr in meiner Wohnung haben. Und ehe man selbst bei der organisierten Kriminalität an den Einsatz solcher Mittel denkt, sollte man erstmal den Geldwäschern wirksam auf die Schliche kommen.

Die CDU versucht wieder einmal, von den wirklichen Problemen abzulenken. Innere Sicherheit hat für mich vor allem etwas damit zu tun, daß Bürgerinnen und Bürger abends wieder sicher über die Straße gehen können und man nicht ständig Angst vor Ein-

bruch und Diebstahl haben muß. Das betrifft alle, das bedroht alle und da helfen uns auch keine schärferen Gesetze. Wir brauchen keine Scheinlösung auf dem Papier, uns hilft nur eine Polizei, die hinschaut und zupackt, statt wegzusehen. Wir brauchen keine schwarzen Sheriffs, die sich nur Reiche leisten können. Wir brauchen Polizisten, die präsent sind, gut auf ihre Aufgaben vorbereitet und dann übrigens auch angemessen bezahlt werden.

Wir brauchen eine Justiz, die schnell reagiert und in angemessenen Zeiträumen ein Urteil fällt. Und wir brauchen Bürgerinnen und Bürger, die dieses Problem nicht einfach anderen überlassen und mithelfen nicht nur bei der Verbrechensbekämpfung, sondern vor allen Dingen bei der Bekämpfung der Ursachen, denn die Bekämpfung der Kriminalität fängt nicht erst mit der Strafverfolgung an. Gewalt und Kriminalität haben ihre Ursachen. Diese liegen oftmals in der eigenen unbefriedigenden Situation, in Arbeitslosigkeit und kaputten Familien, Isolierung und Frust. Gewalt ist immer auch eine Reaktion auf die Gesellschaft, die es nicht fertigbringt, den Menschen eine Perspektive zu geben.

Wer Sicherheit in diesem Lande haben möchte, der muß nicht noch mehr Geld für unsere Polizei ausgeben, sondern dieses Geld erst einmal für eine vernünftige Wirtschafts-, Arbeits-

markt- und Bildungspolitik nutzen und sich für den Erhalt des Sozialstaates einsetzen.

Das wollen wir mit unserer Politik. Vorbeugung von Kriminalität bedarf in vielen Fällen der öffentlichen und offenen Diskussion. Es darf keine Tabuthemen mehr geben, wie zum Beispiel Kindesmißbrauch oder die sexuelle Gewalt gegen Frauen. Schweigen hilft, wenn überhaupt, nur den Tätern.

Einfache Lösungen gibt es nicht. Ich warne vor Stammtischparolen nach dem Motto: Alle einsperren. Nein, wir wollen die Menschen wieder zurück holen in die Gemeinschaft des solidarischen Miteinanderlebens.

Das Stichwort des solidarischen Miteinanderlebens, bringt mich dazu noch etwas über unsere Politik für und mit den älteren Menschen zu sagen. Das verantwortungslose Gerede über unsichere Renten zeigt, wie die jetzigen Regierungspartien mit den alten Menschen umgehen. Sie sind ungünstiges Datenmaterial in einer Statistik. Dann kommt man zu so absurden Gedanken, wie der Verlängerung der Lebensarbeitszeit angesichts riesiger Arbeitslosigkeit. Daß man da über Menschen redet, die sich fragen, wie sie die zweite Hälfte ihres Lebens gestalten können, scheint dem Herrn Rexrodt völlig fremd. Solche schlimme Seniorenpolitik ist mit uns nicht zu machen. Wir haben in der Fraktion ein umfangreiches Konzept für eine menschenfreundliche Seniorenpolitik ausgearbeitet, das gro-

ßen Wert auf die Integration der älteren Bürger in die Lebenszusammenhänge der Gesellschaft legt.

Die Gerechtigkeit, die bei den Sozialdemokraten im Mittelpunkt steht, heißt hier, den Menschen im Alter gerecht werden, ihren Bedürfnissen und Wünschen soweit wie möglich entsprechen.

Das fängt beim Wohnen im Alter an und hört bei Bildungs-, Kultur- und Freizeitangeboten für ältere Menschen nicht auf. Hier werden sozialdemokratische Landespolitik und Kommunalpolitik eng zusammenwirken.

Eine enge Zusammenarbeit zwischen Landes- und Kommunalpolitik wird auch beim Abbau der ausufernden Bürokratie erforderlich sein.

Es gibt ja Bereiche, da kostet das Personal für die Bearbeitung von Förderanträgen mehr als schließlich an Mitteln vor Ort ankommt. Das ist ein Skandal, der übrigens auch die Politikverdrossenheit erheblich fördert. Dagegen werden wir angehen. Wir wollen mehr Eigenverantwortung für die Kommunen. Wir werden den undurchdringbaren Wust von Verordnungen beschneiden. Wir sind für eine Investitionspauschale an die Kommunen, damit sie in ihrer schwierigen finanziellen Situation Entscheidungsspielräume bekommen.

Bei der in der nächsten Legislaturperiode zu regelnden neuen Aufgabenverteilung zwischen dem Land und den Kommunen werden wir dafür sorgen, daß so viel wie irgend möglich ortsnah entschieden wird. Ich bin sicher, daß sich dann auch herausstellt, daß die Regierungsbezirke überflüssig sind.

Übrigens gilt dieses Prinzip größtmögliche Autonomie und Selbstverwaltung auch für unsere Hochschulen. Wir haben eine reiche Hochschullandschaft und wollen sie erhalten, denn sie ist auch ein Faktor für den Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt. Ich bleibe dabei, daß die beiden Universitäten in Magdeburg und Halle als Volluniversitäten erhalten und weiterentwickelt werden müssen. Daneben brauchen wir qualifizierte Fachhochschulen, an denen immer mehr junge Menschen studieren.

Die CDU in Sachsen-Anhalt hat ihren Wahlkampf mit der Aussage eingeleitet, sie möchte sich als Partei des sozialen Fortschritts darstellen. Das kann man offensichtlich nur als einen makabren Scherz interpretieren.

Der Sozialabbau hat doch in über zehn Jahren Kohl-Regierung schon längst begonnen.

Die Gesellschaft, in der ein Drittel der Menschen ins soziale Abseits gestellt wird, ist auch in den alten Bundesländern schon längst erschreckende Wirklichkeit geworden. Alleinstehende Mütter mit Kindern, Obdachlose und Woh-

nungssuchende, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und viele Rentner können ein Lied davon singen. Mit dem Geld, das ihnen der Staat bewilligt, können sie sich, wenn überhaupt, gerade mal mit Ach und Krach über Wasser halten. In einer derartigen Situation und angesichts von offiziell über drei Millionen Arbeitslosen in Deutschland, wollen die Regierungen in Bonn die Lohnersatzleistungen und andere soziale Leistungen einfrieren oder kürzen. Diesen Vorschlag können nur Politiker machen, die wirklich nicht mehr wissen, wie es im Lande aussieht und wie es den Menschen geht, die jeden Pfennig zweimal umdrehen, bevor sie ihn ausgeben und die dennoch am absoluten Existenzminimum leben müssen. Wir müssen bis zu den Wahlen in Sachsen-Anhalt und im Bund den Regierenden in Bonn und Magdeburg genau auf die Finger sehen, damit der Schaden begrenzt wird und der Osten nicht nur zur industriellen Wüste, sondern schließlich auch zum Armenhaus der Bundesrepublik wird. ...

Keiner wird erwartet haben, daß ich zu allen Punkten unseres Programms hier etwas sage. Sonst hätte ich gerne noch etwas gesagt zur Landwirtschaftspolitik, zur Umweltpolitik, zu der die Jusos den originellen Vorschlag gemacht haben, beide in einem Kapitel zusammen zu fassen. In der Tat, unsere Landwirtschaft muß weg davon, sich ausschließlich auf die Produktion von Nahrungsmitteln zu konzentrieren, und muß Landschaftspflege als einen

selbstverständlichen Teil ihrer Arbeit ansehen. Menschen die auf unserem Lande leben und darin verwurzelt sind, müssen dieses Land bebauen und bewahren, und das hat dann auch sehr viel mit Umweltschutz zu tun, mit nachwachsenden Rohstoffen und regenerativer Energie, die wir fördern wollen, mit der Rekultivierung von Landschaft, die an vielen Stellen nötig ist, mit Wasserwirtschaft und Luftreinhaltung. ...

Es kommt darauf an, daß wir eine Politik betreiben, in der Ressort-Egoismus überwunden wird.

Wir brauchen also auch insofern eine neue Politik, in der das Gegeneinander am Kabinettstisch endlich aufhören und eine vernünftige Zusammenarbeit organisiert werden muß. ...

Als Vorsitzender der Programmkommission möchte ich mich bei allen, die mitberaten und zugearbeitet haben, bedanken. Ich denke, daß wir den ein-

gangs von mir erwähnten Grundatz einer möglichst breiten Mitbestimmung bei unseren Programmberatungen verwirklicht haben. Wenn wir diese innerparteiliche Diskussions- und Entscheidungskultur in die Bevölkerung hineintragen können, haben wir eine gute Möglichkeit, dem Widerwillen vieler Menschen gegenüber der Politik das Wasser abzugraben. Und dann haben wir die Chance, unserem heutigen Parteitagmotto wirklich treu zu bleiben: bürgernah, konkret und zukunftsweisend.

Auszüge aus der Rede des Vorsitzenden der Programmkommission,

Dr. Reinhard Höppner,

gehalten auf dem außerordentlichen Parteitag der SPD Sachsen-Anhalt, Magdeburg, 10. bis 11. September 1993.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1 - 22 Wirtschaft	3
23 - 30 Arbeitsmarkt	7
31 - 50 Wohnen	9
51 - 63 Land- und Forstwirtschaft	13
64 - 79 Umwelt	16
80 - 113 Soziales	19
114 - 119 Frauenpolitik	25
120 - 130 Jugend	26
131 - 147 Bildung	29
148 - 163 Wissenschaft und Forschung	33
164 - 176 Kultur	36
177 - 191 Sport	39
192 - 203 Innere Sicherheit	42
204 - 217 Justiz	45
218 - 235 Kommunalpolitik und öffentliche Verwaltung	48
236 - 254 Verkehr	52
255 - 263 Finanzen	56

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

